contraste
zeitungfürselbstorganisation

417 | 36. JAHRGANG | JUNI 2019 | 4'50 EURO | www.contraste.org

NACHRICHTEN Protest gegen die AfD: Eine kritische Nachlese zum 1. Mai in Erfurt. 3

PROJEKTE Museum für queere Künste: Das AMOQA ist ein selbstorganisierter Treffpunkt in Athen. 4

BEWEGUNG Eindrücke aus Venezuela: Eine Kommunardin hat die Kooperativen von Cecosesola besucht. 6

THEORIE Wölfe & Giraffen: Eine Einführung in das Konzept der gewaltfreien Kommunikation. 8

BIOTONNE Widerstand gegen Bebauung: In Nordhessen haben Aktivist*innen einen Acker besetzt. 13

SELBSTORGANISATION VON UND MIT GEFLÜCHTETEN

▲ Selbstorganisation feiern: Bei der »Welcome United«-Parade am 29. September 2018 in Hamburg waren auch viele Gruppen von Geflüchteten mit dabei. Foto: Regine Beyß

Auf dem Weg zu grenzenloser Solidarität

Als im langen Sommer der Migration 2015 die europäischen Staaten unvorbereitet mit einer großen Zahl an flüchtenden Menschen konfrontiert waren, erlebte die Zivilgesellschaft ihre große Stunde. Staunend beobachteten viele das große Engagement, mit dem ganz unterschiedliche Menschen sich in eine große Hilfewelle einbrachten.

BRIGITTE KRATZWALD, REDAKTION GRAZ

Es folgten Begegnungsfeste, Wohnraumbeschaffung, Fussballspiele, Deutschkurse, Rechtsberatung, erste Schritte in die Arbeitsmarktintegration – bis schließlich, etwa ab 2018, Asylwerber*innen wie Unterstützer*innen mit zunehmender Repression, Abschiebungen und der Kriminalisierung von Solidarität konfrontiert waren.

Aber was genau ist hier eigentlich geschehen? Waren das emanzipatorische Prozesse der Selbstorganisation oder eher systemstärkende? Ging es wirklich um Solidarität oder dominierte ein patriarchales Hilfeverständnis? Parallel zur Willkommenskultur kam es zu massiven Verschärfungen im Asylrecht, was dazu führte, dass sich Teile der Zivilgesellschaft plötzlich in der Rolle fanden, elementare Menschenrechte gegen ihre Regierungen verteidigen zu müssen. Wie hängt das alles zusammen? Wem nützte das Ganze schließlich? Wirklich den Menschen auf der Flucht oder eher den Rechten, die die Situation gekonnt zur Mobilisierung instrumentalisierten? Es waren solche Gedanken, die der Ausgangspunkt für diesen Schwerpunkt waren. Natürlich kann dieser nicht die Antwort auf all diese Fragen geben, aber es ist ein erster Schritt der Reflexion, dem weitere folgen können.

Die Recherche für den Schwerpunkt ergab, dass bereits viele junge Wissenschaftler*innen, die häufig selbst in der Flüchtlingshilfe engagiert waren, sich ähnliche Fragen gestellt und eigene Beobachtungen mit wissenschaftlichen Methoden reflektiert haben. Ihre Forschungsergebnisse sowie eigene Erfahrungen der Autorin sind in einen eher theoretischen Text eingeflossen, der am Ende des Schwerpunkts auf Seite 12 zu finden ist.

Auf Seite 9 lassen zwei österreichische Aktivist*innen, die bereits 2015 an der Grenze zu Slowenien dabei waren, dann immer wieder in verschiedenen Kontexten versucht haben, Menschen auf der Flucht zu unterstützen, bis zu einem Einsatz an der bosnisch-kroatischen Grenze 2019, diese Zeitspanne aus ihrer Perspektive Revue passieren.

Der Beitrag auf Seite 10 stellt die Initiative »You can't evict solidarity« vor, die über die zunehmende Repression gegen Menschen auf der Flucht in Griechenland und entlang der Balkanroute berichten. Einen weiteren Aspekt spricht der Beitrag auf Seite 11 an: die Selbstorganisation von Menschen mit unterschiedlichem Rechtsstatus, »Sans Papiers« und migrantischen Communities, in diesem Fall in Marokko.

Spricht man von Selbstorganisation mit Blick auf Flucht und Migration, gilt es, eben diese Bereiche zu unterscheiden: Organisieren sich Menschen der Aufnahmeländer, um bessere Unterstützung anbieten zu können oder organisieren sich die betroffenen Menschen selbst? Dazwischen gibt es das weite Feld der selbstorganisierten Initiativen, die sich gemeinsam mit Menschen auf der Flucht hierarchiefrei zu organisieren versuchen, wie etwas im »No-border-Movement«. Hier ist immer ein politischer Anspruch enthalten, eine grundsätzliche Kritik an Nationalstaat und Kapitalismus. Mit den Spannungsverhältnissen, die sich aus den real bestehenden Privilegien und Machtunterschieden ergeben, reflektiert umzugehen, ist in all diesen Kontexten eine große Herausforderung, die manchmal auch die Grenzen der Selbstorganisation aufzeigt.

MAINZ: SELBSTVERWALTETES ZENTRUM AUF DEM UNI-CAMPUS

Geduldet und akut bedroht

Das Haus Mainusch, ein selbstverwaltetes Zentrum auf dem Unicampus Mainz, versucht seit 30 Jahren, sich eine widerständige Praxis zu erhalten. Doch der Ort mit jährlich etwa 230 Veranstaltungen ist akut bedroht, denn die inzwischen dritte Duldung läuft im Juni aus. Wir dokumentieren Auszüge aus einem aktuellen Aufruf.

HAUS MAINUSCH, MAINZ

»Die Räumung des letzten mit Bafög-Wohngeldsatz bezahlbaren Wohnheims, der über dreijährige Leerstand zu Gunsten eines unternehmerischen Leuchtturmprojekts und der andauernde Bedrohungszustand für selbstverwaltete Kulturprojekte – das sind die Effekte der baulichen Umgestaltung auf dem Universitätscampus. Doch auch nach der Verschiebung des geplanten Standortes für das Medienhaus ist der Fortbestand des Kultur- und Kommunikationszentrums Haus Mainusch nicht gesichert. (...)

Seit 30 Jahren bereichert das Haus Mainusch den Campus und das Stadtleben. Als einer der ersten Orte, an dem es täglich veganes Essen gegen Spende gab und immer noch gibt, der sich praktisch und theoretisch für den Kampf gegen Diskriminierung einsetzt – mittlerweile einer der einzigen Orte, an dem Student*innen und Nicht-Student*innen für wenig oder kein Geld eine schöne Zeit haben können, ohne Konsumzwang, ohne eine Institution zu überzeugen, ein Konzert, eine Party, einen Lesekreis oder ähnliches veranstalten können. Es finden immer wieder Veranstaltungen statt, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, ein reflektiertes, bewusstes Miteinander zu entwickeln. (...)

Aktuell befinden wir uns in der Duldung Nr. 3, die bis Juni 2019 anhält. Mit den Plänen, die die Johannes-Gutenberg-Universität für die zukünftige Bebauung des Campus hat, ist es für uns durchaus vorstellbar, dass die Duldung wiederholt zwei Wochen vor Ablauf verlängert wird. Mensch erinnere sich. Schon vor sieben Jahren sollte das Haus Mainusch dem Medienhaus weichen. Dies ist nicht die Kommunikation einer weltoffenen, demokratischen Universität, sondern einer, die im Exzellenzdruck untergeht und jede verwertbare Lücke auf dem Campus verteidigt. Die Universität gleicht einem Unternehmen, das, um seinen Ruf zu wahren, jegliche Kommunikation abblockt. Zugeständnisse werden scheinbar nur mündlich gemacht. Kritik und Reflexion werden unterdrückt, wenn es um Profite geht. – Das ist ein Skandal!«

Infos: https://haus-mainusch.de/aktuelles/

ÜBER UNS

INHALTSVERZEICHNIS

NACHRICHTEN SEITE 3
1. MAI IN ERFURT

PROJEKTE SEITE 4
MUSEUM FÜR QUEERE KÜNSTE
AG BERATUNG

PROJEKTE SEITE 5
TREFFEN DER ÖKONOMIE DER ARBEITER*INNEN, ITALIEN

PROJEKTE SEITE 6
CECOSESOLA, VENEZUELA

BEWEGUNG SEITE 7
BERGISCHE BÜRGERENERGIEGENOSSENSCHAFT
LÖSUNGEN FÜR DIE ENERGIEWENDE

THEORIE SEITE 8
EINFÜHRUNG IN DIE GFK

SCHWERPUNKT SEITE 9
HELFEN: EIN THEMA VOLLER WIDERSPRÜCHE

SEITE 10
REPRESSIONEN GEGEN GEFLÜCHTETE

SEITE 11
ARCOM – STIMME DER STIMMLOSEN

SEITE 12
»WILLKOMMENSKULTUR« ALS PRAXIS DER SELBSTORGANISATION

BIOTONNE SEITE 13
ACKERBESETZUNG, WITZENHAUSEN
»20 WOCHEN FÜR 20 BOMBEN«, BÜCHEL

KUNST & KULTUR SEITE 14
BÜCHERDORF WÜNSDORF
»KINDER DES SISYFOS« RELOADED

REZENSIONEN SEITE 15
WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE
DAS GUTE LEBEN FÜR ALLE
DIE OFFENE GESELLSCHAFT
MIT DEM ELEKTROAUTO IN DIE SACKGASSE
PROTEST REGIEREN

TERMINE SEITE 16
KLEINANZEIGEN, IMPRESSUM

Contraste ist offen für Beiträge von Euch. Redaktionsschluss ist immer fünf Wochen vor dem Erscheinungsmonat. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende. Das Redaktionsselbstverständnis ist nachzulesen unter:

www.contraste.org/redaktionsselbstverständnis.htm

BLICK VOM MAULWURFSHÜGEL

Grafik: Eva Sempere

HAU AB!

ULI FRANK

»Hau ab!« klingt natürlich besonders böse. Durch die Geldlogik wird das wesentlich eleganter ausgedrückt. Ich habe Hunger, und die Bäckerei, an der ich vorbei komme, bietet eine große Auswahl, bei der mir das Wasser im Mund zusammen läuft. Leider finde ich mein Portemonnaie nicht und kann das, worauf ich Lust und Hunger habe – und was der Bäcker gerne loswerden möchte – nicht bezahlen. Schulterzuckend akzeptiere ich die Lage. Ich habe zwar gerade nichts von dem, was gesellschaftlich – oft sogar in Überfülle – vorhanden ist, bekommen, aber niemand kann etwas dafür. Meine Möglichkeiten drücken sich in einer mathematischen Größe aus, einer scheinbar objektiven Zahl. Das diskriminiert mich nicht in meiner Besonderheit und Einmaligkeit als Mensch, sondern ist für jeden die gleich-gültige Logik.

Die Werbung macht dasselbe umgekehrt: Sie suggeriert mir, dass alles für mich da ist, dass ich nur zuzugreifen brauche, dass an meine Bedürfnisse und ihre Befriedigung umfassend gedacht wird. Auch hier gibt es kein einziges persönliches Ausschlusskriterium. Alle sind angesprochen und jeder kann mitmachen. Das einzige Selektionsinstrument ist der Preis, der manchmal in der Werbung sogar diskret verschwindet.

Historisch gesehen ist das eine außergewöhnlich komfortable Lage. Ich bin nicht vom Gutdünken anderer Menschen, nicht von Beziehungen, nicht von mühsamen Verhandlungen oder Machtstrukturen abhängig. Ich kann völlig sicher sein, dass ich das Gewünschte erhalte, wenn mein Geld dafür reicht. Aus dieser Sicht könnte man das Geld geradezu als sozialen Friedensstifter bezeichnen: Meine Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum ist objektiv organisiert, ich brauche keine Angst vor persönlicher Zurückweisung und Enttäuschung zu haben.

Andererseits ist offensichtlich, dass das Tor zum Reichtum der Gesellschaft denen verschlossen bleibt, denen der Schlüssel »Geld« fehlt. Der Eleganz der Zugangsregelung liegt die beinharte Logik der Ausschließung zugrunde. Mein Leben hängt ganz und gar vom Besitz des Geldes ab, ich habe genau festgelegte quantitative Gegenleistungen für alles zu erbringen, um meine Bedürfnisse erfüllen zu können.

Deswegen träumen immer mehr Menschen von einer Gesellschaft ohne Geld, ohne Tauschlogik, in der im Prinzip alles für alle vorhanden ist, die Türen also offen stehen: Jedem nach seinen Bedürfnissen – jeder nach seinen Fähigkeiten – bedingungslos, ohne Gegenleistung.

Wenn allerdings der Zugang zu gesellschaftlichem Reichtum und den verschiedenen Ressourcen nicht mehr an eine mit Geld »objektiv« bewertete persönliche Leistung gebunden ist, macht das auch Angst. Kann ich dann nicht mehr selbst entscheiden, mit wem ich zusammen sein will? Kann man mir wegnehmen, was ich behalten will? Zudem kann es gute Gründe geben, den Zugang zu Ressourcen nicht unreflektiert und bedingungslos zu öffnen.

Die Frage ist daher, gibt es nicht-monetäre Logiken, die Zugangskriterien besser regeln als das Geld, dieser scheinbar objektive Maßstab? Die neue Logik müsste jedenfalls attraktiver sein als die gewohnte, sie dürfte keinen höheren emotionalen und zeitlichen Aufwand bedeuten. Die Aussicht auf endlose Debatten, mühsame Verhandlungen oder geduldiges Warten auf einen Konsens dürfte wohl kaum jemanden begeistern.

Einladung zum Sommerplenum

Bei einem selbstorganisierten Projekt wie der CONTRASTE-Monatszeitung dürfen regelmäßige persönliche Treffen nicht fehlen! Zwei Mal im Jahr kommen wir zusammen, um gemeinsam die nächsten Ausgaben zu planen, organisatorische Fragen zu klären – und eine nette Zeit miteinander zu verbringen. Meistens nutzen wir die Gelegenheit, ein interessantes Projekt zu besuchen und kennenzulernen.

Das nächste Plenum findet vom 5. bis 7. Juli in der Kommune Waltershausen (Thüringen, www.kommune-kowa.de) statt. Ihr seid als interessierte*r Leser*in oder potentielle*r Autor*in herzlich eingeladen, euch einzubringen.

Bitte gebt uns Bescheid, wenn ihr plant, zu kommen:

koordination@contraste.org

contraste abonnieren!

Standard-Abo (Print oder PDF) zu **45 Euro** jährlich

Kombi-Abo (Print+PDF) zu **60 Euro** jährlich

Kollektiv-Abo (fünf Exemplare) zu **100 Euro** jährlich

Fördermitgliedschaft mind. **70 Euro** jährlich, für juristische Personen (Betriebe, Vereine, usw.) mind. **160 Euro** jährlich

EIne **Fördermitgliedschaft** bedeutet, Contraste finanziell zu unterstützen. Daraus resultieren keine weiteren Verpflichtungen.

Der **Förderbetrag** kann steuerlich geltend gemacht werden.

Bestellen unter: **abos@contraste.org**

Schnupperabo

(läuft automatisch aus, keine Kündigung nötig):
3 Ausgaben **7,50 Euro** (bei Lieferung ins europäische Ausland **10 Euro**)

AKTION 2019

Don Corrado hat's drauf

Liebe Leser*innen,

der Herr sprach, es werde Licht … und 450 Menschen hatten wieder Strom. So geschehen jüngst in Rom. Es war allerdings kein göttliches Wunder, sondern beherzter Ungehorsam. Der Herr war Kardinal Konrad Krajeski, seit 2013 der Almosenbeauftragte von Papst Franziskus. Seitdem bringt er Tag für Tag mit seinem Lieferwagen Lebensmittel und Decken zu den Ärmsten in Rom, meist Obdachlose, meist Immigrant*innen. Die Wohnungsnot ist so groß, dass sage und schreibe 10.000 Menschen in 100 besetzten Gebäuden leben! Aber wenigstens der Strom solle bezahlt werden, meinte einer der Hausbesitzer, der inzwischen für Stromkosten in Höhe von 300.000 Euro aufzukommen hatte. Und so ließ er die Zuleitung in seinem Haus für 450 Bewohner*innen kappen.

Nach einer Woche Dunkelheit wurde es dem Kardinal, im Volksmund Don Corrado genannt, zu viel. So könne man mit Menschen nicht umgehen. So stieg der gelernte Elektriker in den Stromschacht des Hauses, entfernte die Versiegelungen und ließ es wieder leuchten. Dafür wurde er in halb Rom und Italien als Robin Hood des Papstes gefeiert. Er sah es schlicht als Akt der Menschlichkeit, eine Strafe würde er auf sich nehmen. Nun gibt es Verhandlungen mit den Bewohner*innen. Unterstützung kommt von vielen Künstler*innen, die mit Benefizauftritten die Stromschulden mindern wollen. Ach, würde doch in unserem kalten Deutschland auch ein solches Licht aufgehen.

Der Mai hat unserem Zeitungsprojekt einiges an Unterstützung gebracht: 488 Euro. Vielen Dank allen Spender*innen. Aber Obacht, 3.172,33 Euro braucht es noch bis Ende Oktober, damit unser Zeitungsprojekt weiter wirken kann. Geht da noch was? Mut macht eine Kölner Leserin, die gleich fünf Schnupperabos verschenkt. Inspiriert von der Mai-Ausgabe schrieb sie: »Euer aktuelles Contraste-Heft mit dem Thema Sozial-Genossenschaften ist großartig! Auch die Berichte über EXT und die Mahnwachen vor den Gefängnissen sind für mich nicht ohne!«

Wie schön, vier neue Abonnent*innen konnten wir begrüßen, zweimal ein Kombiabo darunter. Ein neues Fördermitglied ist dazu gekommen. Es verabschiedeten sich aber auch gleich sechs Abonnent*innen und ein Fördermitglied.

Gerne würdigen wir unsere Spender*innen durch Namensnennung, schreibt dazu bitte im Verwendungszweck »Name ja« oder sendet eine E-Mail an abos@contraste.org.

Aus der CONTRASTE-Redaktion grüßt

Heinz Weinhausen

Wir danken den Spender*innen

L.M.	55,00
P.L.	10,0
A.D.	15,00
R.K.	250,00
L.C. + M.L.	8,00
Wolfgang Weißhuhn, Aachen	100,00
M.P.	50,00

Das Zeitungsprojekt CONTRASTE benötigt noch **3.172,33 Euro**

Spendenticker »Aktion 2019«

54,68% finanziert **3.827,67** Euro Spenden **3.172,33** Euro fehlen noch

Spenden für CONTRASTE **CONTRASTE E.V.** **IBAN DE02508900000051512405** **BIC GENODEF1VBD**

EINE NACHLESE ZUM 1. MAI IN ERFURT

Zwischen Widerstand, Wasserwerfern und Wohlfühlatmosphäre

▲ Teilnehmer*innen kritisieren, dass Polizeibeamte die friedliche Demo der AfD-Gegner*innen eskalierten. Foto: Lionel C. Bendtner

Der internationale Kampftag der Arbeiterinnen war schon immer ein Tag, in dem nicht nur für die Gemeinschaft der Arbeiterinnen und ihrer Interessen protestiert wurde, sondern auch eh und je politische Forderungen der Arbeiterinnenklasse auf die Straße getragen worden sind und auf aktuelle gesellschaftspolitische Themen Bezug genommen wurde. Am 1. Mai 2019 hieß das in Erfurt eben auch, sich gegen die Menschenfeindlichkeit der AfD zu positionieren und deren Wahlkampfauftakt nicht unkommentiert in der Thüringer Landeshauptstadt stattfinden zu lassen.

JOHANNES HÄFKE, ERFURT

Daher trafen sich am 1. Mai mehrere 100 Demonstrantinnen vor der Thüringer Staatskanzlei, um für Klima- und Geschlechtergerechtigkeit, Solidarität und gegen die AfD auf die Straße zu gehen. »Allesmussmanselbermachen« war das Schlagwort für die sozialen Netzwerke und der Titel der Demo. Dieser Titel impliziert für mich, dass man die Straße nicht den Nazis – ob alte oder neue – überlassen darf. Das ist insofern – auch für Außenstehende – keine revolutionäre Forderung. Es bekommt erst dann den Anschein des »autonomen« Protestes, wenn die Polizei mit unvermittelter Härte gegen friedliche Demonstrantinnen vorgeht, wenn diese sich auf ihrer genehmigten Route fortbewegen, wenn Tränengas versprüht und mit Polizeiknüppeln auf friedliche Protestierende eingeschlagen wird. Erst diese Bilder machen den friedlichen Protest, den wir zeigen wollten, zu einer eskalierenden Treibjagd.

Ich selbst war Teil dieser Demo. Auch ich habe versucht, zivilen Ungehorsam auf die Straße zu bringen und Nazis zu blockieren. Die Staatsgewalt könnte einen Demonstrationszug von mehreren 100 Menschen sicherlich einfach stoppen, indem Polizeiketten mit Autos oder Beamtinnen gebildet werden. Das wäre ggf. angemessen. Oder es wird eben auf alle Demonstrierenden eingeknüppelt und mit Tränengas und lauernden Wasserwerfern reagiert. Und da bekommt der Sachverhalt eben auch eine landespolitische Dimension, wenn wir in Thüringen von einem linken Ministerpräsidenten und einem sozialdemokratischen Innenminister, Georg Maier, regiert werden.

Ich habe die Institution der Polizei gestern wieder zu hassen gelernt. Auf dem Boden liegend einen Schlagstock ins Gesicht zu bekommen, ist keine Erfüllung meiner politischen Agenda. Es gab mehrere Situationen, in denen Polizeikräfte (und hier meine ich vorrangig männliche Beamte) schier ausgerastet sind, teils überfordert, teils einfach lustvoll gewalttätig. Ich hoffe, dass dieses Thema aufgearbeitet wird; dass sich Polizeiführung und einzelne Beamte für die gestrige Eskalation verantworten müssen. Ich fände auch gut, wenn der Innenminister dies täte. Und ich hoffe nicht, dass damit bis zum Wahlkampf gewartet wird. Dem Missfallen der Demo-Organisatorinnen, dass er als Dienstherr der Prügelcops, auf dem Zusammenstehen-Gelände ja wohl eigentlich nichts zu suchen habe, schließe ich mich uneingeschränkt an.

Ich möchte aber auch noch den gesellschaftlichen Aspekt des gestrigen Tages beleuchten. Nachdem die Demonstrationen von »Allesmussmanselbermachen« und »Zusammenstehen«, der klassischen 1. Mai-Kundgebung, zusammengeführt wurden, wurde das »Fest der Vielen« am Thüringer Landtag begangen, eine politische Veranstaltung von Gewerkschaften, Parteien, Verbänden und Kirchen. Mit allerhand Künstlerinnen wurden dort Zeichen für eine weltoffene Gesellschaft, gegen Rassismus und Ausgrenzung gesetzt. Ein Fest, dessen Beginn viele der Demonstrantinnen der vorangegangenen Demos verpassten, weil sie eben noch demonstrierten. Der Fakt, dass ein Polizeimusikkorps lustige Kneipenlieder auf der Bühne spielte, während wir als Demonstrantinnen von den Kollegen (!) der Polizei eingekesselt, geschubst, geknüppelt und sonst wie drangsaliert wurden, sei hier nur am Rande erwähnt, spiegelt aber das Bewusstsein der politisch Verantwortlichen.

Viele der Mitdemonstrierenden konnten auch nicht gleich auf das »Fest der Vielen« wechseln, da hier und da Wunden versorgt, Menschen gestützt zu Sanitäterinnen gebracht und Augen ausgespült werden mussten. Auch ich musste mich erstmal von dem Reizgas im Gesicht, auf Kleidung und in den Haaren befreien. Auf dem Weg zur heimischen Dusche begegneten mir dann viele Menschen, die sich das kostenlose Konzert vor dem Landtag mit Sebastian Krummbiegel, Clueso und vielen weiteren Künstlerinnen anschauen wollten, darunter junge und alte Menschen und viele Familien. Und genau an diesem Punkt macht sich politisches Verantwortungsbewusstsein fest: Die Einen, die bereit sind, sich auch ihre Gesundheit von prügelnden Cops kaputtmachen zu lassen, um Protest gegen Nazis auf die Straße zu tragen, und die Anderen, deren politische Partizipation beim Besuch kostenloser Konzerte an einem arbeitsfreien Tag endet.

Die politische Agenda des Individuums bestimmt sich jeweils selbst, durch sich selbst. Es soll auch nicht als Vorwurf an die jungen Familien verstanden werden, die mit ihren Kindern am 1. Mai die politische Kundgebung der Gewerkschaften und Parteien mit einem netten Konzert verbunden haben. Ich möchte aber deutlich machen, dass die (auch mediale) Vermischung der einen und anderen Veranstaltung unprofessionell erscheint und die politische und gesellschaftliche Dimension beider Veranstaltungen außen vor lässt. Dabei ließe sich bestimmt trefflich über die verschiedenen Ansätze politischer Aktivitäten gegen Rechts streiten. Die einen, die Lieder singen und Kerzen anzünden, die Anderen, die Zivilen Ungehorsam ausüben, um Nazis nicht die Straße zu überlassen. Den maßgeblichen Unterschied macht hier aber eben der politische Konsens aus. Ein »Fest der Vielen«, das viele Menschen haupt- und ehrenamtlich organisiert haben, ist aller Ehren wert und gehört freilich zum Mittelpunkt des bürgerlichen Kampfes gegen Rechts. Ein Dank muss daher an die Organisatorinnen und Künstlerinnen gehen, auch dafür, dass sie immer wieder die politische Dimension der Veranstaltung deutlich machten.

Meine persönliche Kritik gilt jedoch denjenigen, die die politische Dimension der gerade vor Ort ausgefochtenen Kämpfe zwischen Demonstrantinnen, neuen und alten Nazis und der Polizei nicht begreifen, den Medien, die diesen Kampf nicht aufzeigen und denjenigen Besucherinnen, die von den politischen Aussagen auf der Bühne nichts hören wollen, nur der Musik und der Berühmtheiten wegen gekommen sind. Krummbiegels Lied von der »Nation der Liebenden« mit sanften Klaviertönen erinnerte mich daher eher an ein 68er-Sit-In-Happening als an einen Aufstand der Anständigen gegen Nazis. Wobei ich Krummbiegels Engagement gegen Rechts nicht in Abrede stellen möchte. Die transportierte Stimmung aber bei diesem Lied erinnerte eher an Lagerfeuerromantik der Alt-Hippies und nicht an die notwendige Ernsthaftigkeit und das Engagement der Vielen gegen Nazis. Es vermittelte ein Zusammengehörigkeitsgefühl ohne die Notwendigkeit des Aktionismus. Halten wir uns an den Händen, zünden Kerzen an und alles wird sicherlich gut. Nein. So wird das nichts.

Für mich war der gestrige 1. Mai in Erfurt wieder Bestätigung, dass Antifaschismus keinen Grundkonsens in der Gesellschaft hat, Politik sich diesem verschließt und ihn kriminalisiert, auch unter den Sozialdemokraten.

Und dennoch bin ich dankbar dafür, dass so viele Menschen mit politischem Bewusstsein auf die Straße gingen und eine deutliche Mehrheit gegen die Menschenfeinde der AfD und anderer Nazis mobilisierten. Wieder zeigt sich: Antifaschismus: Nicht extremistisch – sondern extrem wichtig.

Danke an alle bei #Allesmussmanselbermachen.

MELDUNGEN

Das Hau-ab-Gesetz

Humanitäre Organisationen, Kirchen und Wohlfahrtsverbände laufen Sturm gegen die von der Bundesregierung geplanten drastischen Verschärfungen des Ausländerrechts. Im Zentrum der Kritik steht das sogenannte »Geordnete-Rückkehr-Gesetz«. Es sieht u.a. vor, zur Abschiebung ausgeschriebene Migranten bis zum Jahr 2022 in regulären Haftanstalten zu internieren – obwohl der EU-Gerichtshof dies untersagt hat. Auch sollen Personen, die in anderen EU-Staaten als schutzbedürftig anerkannt wurden, nur noch kurzzeitig Leistungen erhalten – unterhalb des soziokulturellen Existenzminimums. Gleichzeitig wurde bekannt, dass Bundespolizisten bei der zwangsweisen »Rückführung« von Asylbewerbern Folterpraktiken angewandt haben.

Weiterlesen: https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7936

Vom Protest zum Lehrfilm

Longo maï, ein europäisches Netzwerk mehrerer landwirtschaftlicher Kooperativen, baut in seinen Gärten und auf seinen Äckern vor allem selbstproduziertes Saatgut an. Das Wissen um eigenes Saatgut ist noch nicht weit verbreitet, dabei wächst das Interesse. Contraste berichtete darüber in der letzten Ausgabe (Mai 2019, Seite 13). Deswegen haben einige Menschen aus dem Netzwerk mit Hilfe eines breiten Unterstützer*innenkreises einen eigenen Lehrfilm produziert. »Saatgut ist Allgemeingut« erklärt die Samengärtnerei von 32 Gemüsesorten Schritt für Schritt in kleinen Film-Modulen. Der Film ist erhältlich auf Französisch, Englisch, Deutsch, Spanisch und Portugiesisch. Eine arabische Version wird gerade produziert.

Mehr Infos zum Film: www.seedfilm.org

Romancier der italienischen Revolte

Der italienische Autor Nanni Balestrini ist am 20. Mai 2019 in Rom im Alter von 83 Jahren gestorben. Seit den 1960er-Jahren war er eine der bedeutendsten Figuren der italienischen Kultur- und Literaturszene. Er war Mitglied der »Gruppe 63« und zählte mit Umberto Eco, Edoardo Sanguineti u.a. zur literarischen Neo-Avantgarde Italiens. Er war aktiv als undogmatischer Linker wie als moderner Lyriker, als Schriftsteller und bildender Künstler wie auch als Verlagslektor und -berater und Zeitschriftengründer. Er experimentierte mit den avanciertesten literarischen und bildnerischen Techniken und Formen, arbeitete mit Text- und Wortcollagen.

Nachruf von Assoziation A: http://assoziation-a.de/aktuelles/56

ANZEIGE

ATHEN

Ein Museum für queere Künste

Ein Treffpunkt für Forscher*innen, Aktivist*innen und Künstler*innen, die sich mit Gender und Identität beschäftigen, so lautet die Selbstbeschreibung des AMOQA. Wir empfehlen in jedem Fall einen Besuch.

ANJA LENKEIT UND DAVID KLÄSSIG, KÖLN

▲ Zu Gast bei der Veranstaltung »Hybrid Fantasies / Interspecies Transitions« (Hybride Fantasien / artenübergreifende Verwandlungen) von AMOQA und dem Quimera Rosa Kollektiv Foto: Lenkeit/Klässig

Während der documenta 14, welche 2017 in Athen stattfand, lasen wir im Programm von AMOQA – Athens Museum of queer arts. Dass gerade in einem orthodox geprägten Land ein queeres Museum beheimatet war, hat unsere Neugier geweckt. Aus der Begleitbroschüre konnten wir keine weiteren Informationen entnehmen und so haben wir uns auf den Weg zu einer ihrer Veranstaltungen im Rahmen der documenta gemacht. Es war lediglich ein Straßenname angegeben und eine Performance angekündigt. Was uns und den anderen Besucher*innen nicht bekannt war: Diese Straße liegt mitten im Rotlicht-Milieu und beherbergt diverse einschlägige Etablissements.

Vor Ort ergab sich eine etwas bizarre Mischung aus unruhigen internationalen documenta-Besucher*innen und, ob der fremdartigen Gäste, etwas weniger verstörten Freiern, die sich aber letztlich doch nicht von ihrem eigentlichem Vorhaben abhalten ließen. Heute würden wir behaupten, dass diese aus dem Zufall geborene Situation fast schon einer typischen AMOQA-Performance gerecht werden würde. Da wir auch keine relevanten Informationen aus dem Internet generieren konnten, mussten wir auf die nächste Veranstaltung warten, um mehr über dieses Museum in Erfahrung zu bringen, auf das wir nun noch neugieriger waren.

Diese fand auf dem Hauptplatz des gentrifizierten und daher sehr angesagten Stadtteils Psyri statt. Dort konnte ein Team von selbsternannten Sexpert*innen des AMOQA zu den Themen Sex, Sexualität und Geschlecht befragt werden und wir kamen ins Gespräch. Nun dämmerte uns, dass das AMOQA kein öffentlich gefördertes Museum in einem repräsentativen Bau und mit üblichen Besuchszeiten ist, sondern ein von Aktivist*innen der LGBTIQ*-Community gegründeter und selbstverwalteter Ort, der nur zu Veranstaltungen öffentlich zugänglich ist. Wir besuchten die nächste Performance, welche wie üblich im AMOQA, inklusiv auf Englisch, gestaltet wurde. Diese könnte grob als ein Vortrag über die Pflanzenwelt und die Wichtigkeit des Chlorophylls für diese beschrieben werden. Nur anders als bei herkömmlichen Veranstaltungen war die vortragende Person bei ca. 30 Grad Raumtemperatur in ein komplettes Imkeroutfit gehüllt und musste sich eines schmusenden »Häschens« erwehren, aus dessen hinterer Kostümtasche, dem Rektum, Muttererde geholt wurde, um am Ende des Vortrags eine Pflanze einzupflanzen. Währenddessen wurden Hautnachbildungen aus Chlorophyll herumgereicht, es konnten Chlorophyll-Shots getrunken werden und wer wollte, konnte sich ein Chlorophyll-Tattoo stechen lassen.

Im Anschluss konnten wir uns in angenehm kreativer Atmosphäre mit LGBTIQ*-Künstler*innen über ihre Situation in Athen und das AMOQA unterhalten. Dabei erfuhren wir, dass das Museum einen Vereinsstatus beantragt habe, welcher vom Gericht mit der offiziellen Begründung abgelehnt wurde, dass dieser Verein gegen die gute Sitte verstoßen würde, da er Homosexualität fördern wolle und Perversion verbreitet würde. Selbst für einen Staat, der mit der orthodoxen Kirche und ihren konservativen Werten eng verknüpft ist, ist dies doch eine erstaunlich offen homophobe Begründung, gerade im Hinblick auf geltendes EU-Recht. So traurig und schockierend diese Verweigerung des Vereinsstatus sei, so sei dies nur die Fortführung der Diskriminierungen, die queere Menschen in Griechenland erfahren. Sie seien Anfeindungen und Gewalt ausgesetzt. Ein Aktivist erklärte, dass es in Athen Stadtviertel gebe, die von Wähler*innen der neonazistischen Partei »Goldene Morgenröte« dominiert seien. Dort könnten manche Straßen bei Dunkelheit nicht ohne Weiteres betreten werden. Er versicherte uns: »Es gibt in diesen Nachbarschaften Spitzel, die gewalttätigen Mitgliedern melden, wenn eine ›gesuchte Person‹ allein unterwegs ist, wobei dies auch politisch Andersdenkende und/oder als nicht einheimisch angesehene Personen betrifft. Von der Polizei kann ich auch keinen Schutz erwarten, viele Polizist*innen stehen ideologisch rechts, selbst gegen friedliche LGBTIQ*-Demos wird von Seiten der Polizei hart vorgegangen.«

Nichtsdestotrotz lassen sich die Künstler*innen nicht unterkriegen, erst vor Kurzem ist das AMOQA umgezogen. Zuvor waren sie im Viertel Gazi zu Hause, das ursprünglich eine Industriebrache war und durch die LGBTIQ*-Community aufgewertet wurde, die aber durch die folgende Gentrifizierung wieder verdrängt wurde und heute nur noch einen kleinen Platz im Viertel hat. Nun sind sie ins Herz von Athen vorgedrungen, an den Omonia-Platz – der Ort, an dem am 21. September 2018 der berühmte homosexueller Künstler und Aktivist Zak Kostopolous, der mit seiner HIV-Infektion offen umging, zu Tode geprügelt wurde. Es bleibt spannend zu beobachten, wie es im AMOQA weitergeht.

Wir lernen reisend

Anja Lenkeit und David Klässig sind Sozialwissenschaftler*innen, die im Zuge mehrerer Forschungsreisen selbstorganisierte Projekte in Griechenland und Spanien besucht haben. Das Ziel war es, mit den Beteiligten über die Themen Soziale Bewegungen, Selbstorganisation und Institutionalisierung zu sprechen, um sich ein eigenes, ungefiltertes Bild zu verschaffen. Im Sinne der Projekte und der dahinterstehenden Philosophien sind sie zu dem Schluss gekommen, dass sie diese für alle interessierten Personen zugänglich machen möchten. Jeden Monat stellen sie in der CONTRASTE eines der Projekte vor.

Mehr auf ihrem Blog unter: www.wirlernen-reisend.wordpress.com

KOLLEKTIVE BERATUNGSSCHNIPSEL

Alles nicht so einfach… auch von außen betrachtet

AG Beratung

…auf das Kleingedruckte kommt es an

Am Anfang der AGBeratung stand der RGW – der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, eine Berliner Beratungsstelle, die seit 25 Jahren kollektive Projekte aller Art berät. Über die Jahre wurden die Mitglieder des RGW weniger und älter. Das angesammelte Wissen sollte aber nicht verloren gehen und so wurde Nachwuchs gesucht. Das neue Beratungskollektiv entwickelt seine eigene Struktur und Arbeitsweise, kann dabei aber aus dem Erfahrungspool 25jähriger Beratungsarbeit schöpfen. Diese Kolumne erzählt Geschichten aus dem Beratungsalltag.

www.agberatung-berlin.org

»Von außen und mit ausreichendem Abstand gesehen, sieht vieles leichter und meistens wesentlich übersichtlicher aus. Wir sind alle ausgewiesene Expert*innen für die Angelegenheiten von Dritten. Und uns fallen fast immer treffende Lösungen für die Probleme anderer Menschen und Gruppen ein. Oftmals im Gegensatz zum Gemeinschaftsprojekt, in dem wir selber stecken.

Auch wir externe Berater*innen arbeiten mit diesem Vorteil, keine eigenen Aktien am Geschehen zu haben. Und somit nicht Teil der Gruppendynamik zu sein. Wir sind keinesfalls schlauer als die Gruppenmitglieder. Vielmehr nutzen wir vor allem aus »sicherer« Entfernung diesen Reichweitenvorteil unseres Blickwinkels. Das allein reicht nicht immer aus, doch können wir den Gruppen ihre Situation dadurch unverstellt spiegeln. Nicht selten erkennen Gruppen dann selbst aus einer veränderten Perspektive Wege für ihre weitere Entwicklung. »Na, da hätten wir ja auch selbst drauf kommen können!« So hört sich wiederkehrend das Fazit an. Die Ideen liegen nämlich oft schon auf der Hand bzw. sind in der Gruppe bereits »vorhanden«.

So kann es gehen, wenn Betriebe, Vereine, Initiativen oder Gemeinschaften bei uns um Beratung anfragen. Wenn es gut läuft. Muss es aber nicht, und dann reicht der Abstand zum alltäglichen Geschehen allein nicht aus. Fachwissen, Erfahrungswerte und kreative Vorschläge werden zusätzlich erforderlich und sind unverzichtbar. Besonders bei komplexen Frage- oder Problemstellungen sind vielfältige und differenzierte Methoden und Herangehensweisen gefragt.

Die Beratungswünsche zeigen sich deshalb sehr unterschiedlich. »Wir haben nur mal ne kurze Frage«, so beginnen sie z.B. durchaus typisch. Nach dem Motto: »Eigentlich wissen wir schon Bescheid und brauchen lediglich ein paar Tipps.« Der Tenor lässt vielmals eine gewisse Vorsicht beim Gang zur Rateinholung erkennen. Das ist völlig akzeptabel, denn das eigene Können und die Autonomie sind das Rückgrat jeder Gemeinschaft.

Gleichzeitig ist es auch hinderlich, wenn die Bedarfe nur sehr zögerlich und vorsichtig vorgebracht werden. Das liegt u.a. daran, dass die ganz konkreten Anliegen gruppenintern sehr unterschiedlich gesehen werden. Oder mit Absichten verknüpft sind, die nicht dem Gruppen-Mainstream entsprechen bzw. eigene »Schwächen« und Widersprüche präsentieren würden.

So ist z.B. der Wunsch nach Gesprächsmoderation eines Plenums, eines Klausur- oder Thementages o.ä. sehr beliebt. Das kann ja eigentlich nie schaden, wenn eine Diskussion »geführt« und gezielt eingegrenzt wird, oder? Durcheinanderquatschen kann jede*r auch unmoderiert. Bei näherer Betrachtung hat dieses neutrale gesprächstechnische Hilfeersuchen nicht selten einen subversiven Tiefgang. Moderation hört sich scheinbar »harmloser« an als etwa Supervision, Mediation oder gar Schlichtung bzw. Schiedsverfahren. Im Beratungsalltag begegnen uns mehrheitlich Konflikte und Problemlagen, die aber genau mit diesen Methoden wirksam angegangen werden könnten und auch sollten. Wir Externe müssen also solche »moderierenden« Bitten vorher sehr sorgsam abklären, oft zum Unwillen der Gemeinschaften. Zu leicht tappen wir sonst in die Falle, dass sich ein Gruppenteil durch die sogenannte Moderation eigentlich Rückenwind für ihre Position erhofft. Oder den Wortmächtigen dadurch mal Paroli bieten will. Oder hofft, dass die Meinung. der »Jungen« gegen die »Alten« endlich mal zur Geltung kommt. Oder ein schwelender, bedrohlicher Konflikt von außen unausweichlich auf den Tisch gepackt bzw. am besten gleich stellvertretend ausgefochten wird. Oder, oder, oder…. Kein Projekt sollte damit fahrlässig allein gelassen werden. Nur das entsprechend wirksame »Heilmittel« schmeckt den Gruppen nicht immer…gleich.

Eine der vielen Besonderheiten bei der externen Beratung von selbstverwalteten und gleichberechtigten Ansammlungen: Es dürfen nicht alle Wünsche erfüllt werden. Jedenfalls wenn sinnvolle Beiträge von außen dauerhaft die eigenen Kräfte stärken sollen. Viele Mitstreiter*innen aus den Projekten verlassen stöhnend den Beratungsraum und raunen beim Rausgehen: »Jetzt haben wir noch mehr Fragen als vorher!« Das ist anstrengend, wenn doch eigentlich Erleichterung und Klarheit erhofft wurde. Es bleibt der gemeinsame Trost: Gruppenmitgliedern wie auch den Berater*innen ergeht es gleich. Hat ja auch niemand behauptet, Selbstorganisation wäre immer spaßig…

Wilfried Schwarz

EUROMEDITERRANES TREFFEN DER ÖKONOMIE DER ARBEITER*INNEN

Renaissance der Arbeiterselbstverwaltung

▲ Ein paar Wochen vor dem euromediterranen Treffen bei RiMaflow wurde Massimo Lettieri, der Vorsitzende der Kooperative, aus dem Gefängnis entlassen - auch dank der großen (internationalen) Solidarität.

Foto: RiMaflow

RiMaflow 2.0: Legalisierung erkämpft

Das dritte euromediterrane Treffen fand am Sonntagnachmittag einen besonderen Ausklang.
Kurz vor dem Treffen wurden RiMaflow die Schlüssel für die Fabrik übergeben, in der sie zukünftig ihre Aktivitäten organisieren werden. Arbeiter*innen und Teilnehmer*innen des Treffens zogen in ausgelassener Stimmung mit Transparenten und Musik zu dem 500 Meter entfernten neuen Standort und weihten ihn symbolisch ein. Die im November 2018 begonnenen Verhandlungen waren erfolgreich abgeschlossen worden. Mit der Legalisierung und Räumen in deutlich besserem Zustand kann RiMaflow nun seine Produktpalette erweitern und neue Arbeitsplätze schaffen – ohne den Stress einer drohenden Räumung!
Ein paar Wochen vorher gab es auch schon etwas zu feiern: Nach fast sieben Monaten Knast bzw. Hausarrest kam Massimo Lettieri, der Vorsitzende ihrer Kooperative, frei (siehe auch März-Ausgabe der Contraste). Seine Verhaftung wie auch die Blockierung der Konten hatten RiMaflow beträchtlichen wirtschaftlichen Schaden zugefügt.
Sie haben viel Solidarität erfahren, aber es braucht weitere Spenden!

Ass. Fuorimercato; IBAN: IT79 D083 8633 9100 00000470387; BIC: ICRAITRRAQ0; Verwendungszweck: Donazione

April 2019: ein Industrieviertel der Peripherie von Mailand, noch aktive Produktionsstätten, aber auch zahlreiche verlassene Fabriken – ein eher graues, tristes Bild. Mittendrin eine Fabrik mit anderen Farben, Transparenten, Plakaten, Wandbildern. Auf dem Vorplatz zahlreiche kleine Gruppen im intensiven Austausch mit Gesten, Gelächter und Umarmungen. Junge und Alte, Frauen und Männer, ein babylonisches Stimmengewirr: RiMaflow, die vor über sechs Jahren von Arbeiter*innen besetzte und angeeignete Fabrik.

ROLF LINDEMANN, BERLIN

Organisiert von RiMaflow und FuoriMercato – Selbstverwaltung in Bewegung – fand hier vom 12. bis 14. April das dritte euromediterrane Treffen der Ökonomie der Arbeiter*innen statt. 250 Teilnehmer*innen aus 13 Ländern verbrachten drei intensive Tage des Austauschs. Sie vertraten ein breites Spektrum von sozialen Bewegungen und Kämpfen: Arbeiter*innen angeeigneter Fabriken, Basisgewerkschaften, Arbeitskollektive, landwirtschaftliche Projekte, feministische Kollektive und Vertriebskollektive.

Massenhafte Aneignungen von Fabriken durch die Arbeiter*innen gab es in der Geschichte schon häufiger: während der Pariser Kommune 1871, in den revolutionären Kämpfen in Russland 1917, in Norditalien 1920, im Spanien der 30er Jahre. In diesen Kämpfen ging es allerdings um mehr als um die Sicherung von Arbeitsplätzen. Sie fanden statt in Krisen der Herrschaftssysteme, waren Ausdruck der Stärke und Offensive der Arbeiterbewegung, der Zuspitzung von Klassenkämpfen und der Übernahme der ökonomischen und politischen Macht durch die unterdrückten Klassen. In den letzten Jahrzehnten – geprägt durch eine überwiegend defensive Haltung der Organisationen der Arbeiter*innen – gab es nur noch wenige, meist kurzlebige Versuche der Aneignung und Selbstverwaltung.

Zahlreiche Fabrikbesetzungen und Aneignungen durch die Arbeiter*innen Anfang des neuen Jahrhunderts in Argentinien und anderen südamerikanischen Ländern inspirierten die Akteur*innen 2007 zu einem ersten internationalen Treffen. Zunächst ging es den Arbeiter*innen um die Sicherung ihrer Arbeitsplätze. Im weiteren Prozess entschieden sich die meisten Belegschaften für die Form der Selbstverwaltung – und zwar nicht nur für die eigene Fabrik, sondern auch als Orte bzw. Instrumente einer gesellschaftlichen Veränderung: für eine Ökonomie ohne Ausbeutung, für eine Gesellschaft, die den Bedürfnissen aller Menschen dient statt den Interessen von Eliten.

Nachdem in der Folge Fabrikbesetzungen auch in anderen Teilen der Welt zunahmen, gab es seit 2014 auch regelmäßige regionale Treffen in Nord- und Südamerika wie auch in Europa. 2014 und 2016 fanden die ersten europäischen Treffen in den angeeigneten Fabriken Scop-Ti (ehemals Unilever) bei Marseille sowie Vio.me in Thessaloniki statt. Im Mittelpunkt der beiden ersten Treffen standen die Vorstellung der beteiligten Projekte, der Austausch über die Erfahrungen und Schwierigkeiten in der Selbstorganisation sowie die Anbahnung von Vernetzungen, um die jeweiligen Produkte außerhalb des ›Marktes‹ zu vertreiben.

Neue Allianzen bilden

Es gibt viele gute Gründe, die Besetzungen und Aneignungen von Fabriken wie auch von landwirtschaftlichen Gütern gut zu heißen. Die Gesetze sehen sie in der Regel nicht vor, und den herrschenden ökonomischen und politischen Kräften sind sie ein Dorn im Auge. Sie sind damit der Gefahr einer Räumung ausgesetzt. So war beispielsweise die Legalisierung von Scop-Ti und RiMaflow sowie die Abwendung der Räumung von Vio.me in Athen nur möglich, weil die Arbeiter*innen die Fähigkeit besaßen, vielfältige gegenseitige Kooperationen auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene zu entwickeln – und dank der Solidarität vieler Unterstützer*innen.

Konklusionen und Perspektiven

Die Akteur*innen wollten sich stärker mit anderen gesellschaftlichen Konflikten auseinandersetzen, sich mit ›blinden Flecken‹ konfrontieren, weitere Allianzen knüpfen und dementsprechend zu diesem dritten Treffen noch breiter einladen. Partiell ist dies gelungen. Auf diesem Treffen waren verschiedene landwirtschaftliche Akteur*innen präsent, z.B. die andalusische Landarbeitergewerkschaft SOC-SAT, das italienische Netzwerk FuoriMercato und das toskanische Projekt »Mondeggi Bene Comune – Fattoria senza padroni«, ein 200 ha großes landwirtschaftliches Gut, das vor fünf Jahren besetzt wurde und nach und nach bewirtschaftet wird. Sie brachten in das Treffen die Konsequenzen des Klimawandels und die zunehmende Zerstörung der natürlichen Ressourcen ein wie auch die Konzepte der Agrarökologie und der Ernährungssouveränität. Und sie betonten auch die Notwendigkeit, die Ansätze von Kooperationen mit Migrant*innen zu fördern, sie stärker in die Prozesse der Selbstorganisation einzubinden und Tendenzen zu überwinden, sie als Objekte von Betreuung anzusehen. Vertreter*innen feministischer Gruppen aus Italien sorgten dafür, dass auf diesem Treffen nicht nur männliche Sichtweisen präsent waren. Sie forderten die Entwicklung von Selbstorganisation auch in der Reproduktion. Damit einher ging die Infragestellung und Reflektion geschlechtlicher Rollenzuschreibungen, auch innerhalb der selbstverwalteten Initiativen.

Einigkeit bestand darin, dass zukünftig die Kooperation mit landwirtschaftlichen Projekten und Organisationen, wie z.B. »La Via Campesina« verstärkt werden soll wie auch mit feministischen Gruppen. Sowohl für das ökonomische Überleben, wie auch für den Erhalt ihrer transformatorischen Perspektive sind alternative Absatzmärkte von entscheidender Bedeutung. Sie sollen in der nächsten Zukunft weiter ausgebaut und verbindlicher gestaltet werden.

Sehr bedauert wurde, dass an dem Treffen nur einige kleinere gewerkschaftliche Basisorganisationen und auch wenig Initiativen urbaner sozialer Bewegungen teilnahmen. Mit letzteren wie auch mit gewerkschaftlichen Kämpfen soll verstärkt die Kooperation gesucht werden.

Die Berichte aus den verschiedenen Ländern erzählten übereinstimmend, dass sich die Ausgangsbedingungen für eine Ausbreitung von selbstverwalteten Initiativen mit dem zunehmenden Einfluss rechter gesellschaftlicher Kräfte verschlechtert haben.

Die Teilnehmer*innen waren sich einig, dass die Perspektiven des in nahezu allen Ländern gegenwärtig noch eher kleinen Geflechts von Initiativen einer widerständigen Selbstverwaltung entscheidend davon abhängig sind, ob es gelingt, weitere Allianzen zu knüpfen; dass es noch viele Kämpfe braucht, um die Vorstellung zu nähren, dass eine gesellschaftliche Organisation jenseits des Kapitalismus möglich ist. Anlässlich der Verabschiedung einer Solidaritätserklärung für die Zapatistas (angesichts drohender Landenteignungen durch die neue Regierung) wurde an die inspirierenden Impulse der zapatistischen Bewegung erinnert.

Das nächste internationale Treffen wird im September 2019 in Kooperation mit Sem Terra in Brasilien stattfinden, das nächste euromediterrane Treffen 2020 in Andalusien, organisiert von den spanischen Gewerkschaften SOC-SAT und CGT.

ANZEIGE

graswurzel revolution

GWR 439, Mai

Schwerpunkt: Mietrebellion

www.graswurzel.net

ZU GAST BEIM KOOPERATIVENNETZWERK CECOSESOLA

Finstere Eindrücke aus Venezuela

▲ Plenum mit den Companeros Felipe und Yaneris, die in diesem Jahr am Austauschprojekt teilnehmen

▲ Alltag in Venezuela: Schlange stehen

Fotos: Farina Regn

Von Februar bis April war unsere Autorin als Delegierte des Kommuja – Netzwerks der politischen Kommunen acht Wochen zu Gast bei mehreren Kooperativen des Cecosesola-Netzwerkes in Barquisimeto und hat dort Leben und kollektives Arbeiten mit den Companeras geteilt. Ein Erfahrungsbericht.

FARINA REGN, KOMMUNE LOSSEHOF

Der erste große Stromausfall, durch den Anfang März 2019 ca. 80 Prozent des Landes mehrere Tage ohne Strom waren, hatte es noch in die internationale Presse geschafft, Mutmaßungen über seine Ursachen inklusive. Danach kehrte Venezuela bis zu meiner Abreise am 9. April nicht mehr wirklich in die Normalität zurück, unangekündigte Stromausfälle für Stunden oder Tage wurden zu einem weiteren alltäglichen Ärgernis für die Bevölkerung dieses von jahrelanger Krise und Hyperinflation geschüttelten Landes.

Was es bedeutet, wenn der Strom ausfällt: Nicht nur die Mail, der Text, an dem du gerade gearbeitet hast, ist weg, sondern es bricht die gesamte Kommunikation zusammen. Internet, Mobilfunk, ein Austausch mit deinen Freund*innen und Verwandten in anderen Städten oder im Ausland ist auf unabsehbare Zeit nicht mehr möglich, ebenso wenig Geldüberweisungen per Mobilfunk-App. Auch die überall eingesetzten Kartenlesegeräte für Kartenzahlung benötigen Strom und Netz – durch die Stromausfälle werden also immer schlagartig weite Teile der venezolanischen Bevölkerung zahlungsunfähig. Das hübsche neue Bargeld, der »Bolivar Soberano«, ist knapp und verliert täglich an Wert.

Dass auch keine Informationen über Internet, TV, Radio mehr zu haben sind, nun gut, damit leben die Venezolaner*innen eher entspannt: Es grassiert ohnehin die Desinformation bzw. der »Oficialismo«, also die in den Staatsmedien kolportierte offizielle Wahrheit und Meinung. Wenn du »echte« Informationen willst, dann setzt du dich mit Freund*innen in Verbindung, die bereits ausgewandert sind.

Aber damit nicht genug, denn am Strom hängt auch das Wasser. Wenn du Glück hast, und dein Viertel Wasser bekommen hat, dann kannst du ohne Strom dein Wasser nicht in den Tank auf dem Dach deines Hauses pumpen, weil die Pumpe ja elektrisch funktioniert. Besser ist es also, stets alle Eimer im Haus mit Wasser gefüllt zu halten, damit du dein WC spülen kannst und dich waschen, aber bitte immer schön sparsam, wer weiß, wie lange es diesmal dauert! Und dann sitzt du abends mit der Familie im flackernden Kerzenlicht, die Nachbarn haben wohl einen Generator am Start und beschallen das Viertel mit Salsa, Merengue oder Reggaeton. Die tropischen Nächte sind zwölf Stunden lang, aber du stehst vor der Dämmerung nach einer stickigen, unruhigen, von Moskitos durchsurrten Nacht auf – es ist immer noch dunkel und bleibt es auch, wenn du den Lichtschalter betätigst… Gelegentlich kommt mitten in der Nacht der Strom zurück, Freudengeschrei aus einigen Häusern, und endlich können wieder alle laut den Fernseher und das Radio aufreißen!

Die Göttin »La Luz«

Und morgens auf der Arbeit, im Büro begrüßt man sich mit der Frage: »Hay luz?« (Gibt es Licht/ Licht steht synonym für Strom, bekommt aber einen fast religiösen Touch, als wäre »La Luz« eine wankelmütige Heilige, die kommt und geht, wie sie es will, man erkundigt sich vorsichtshalber täglich nach ihrem werten Befinden), denn ohne Strom ist das Arbeiten nur sehr eingeschränkt möglich.

Während meines achtwöchigen Aufenthaltes in Venezuela bei zwei Kooperativen des Cecosesola-Netzwerkes und auf den Ferias (das sind die großen Markthallen, in denen an jedem Wochenende zehntausende Menschen ihre Einkäufe tätigen) in Barquisimeto sind mir viele sehr herzliche, gastfreundliche und gut organisierte Menschen begegnet, die mich zum Glück stets gut begleitet haben. Die Companeras in den Kooperativen und Markthallen von Cecosesola haben in den Jahren der Krise gelernt, sich immer neu auf die Schwierigkeiten im Alltag einzustellen. Bricht der öffentliche Nahverkehr zusammen, so organisieren sie selbst die Transporte der Companeras zur Arbeit und zurück. Ist die Stromversorgung instabil, so beschaffen sie Generatoren und Treibstoff und Ersatzteile, und wenn keine Kartenzahlung mehr möglich ist, dann beschließen sie gemeinsam, dass bestimmte Lebensmittel auf Kredit verkauft werden und verhindern damit vermutlich sehr wirksam Unruhen und Plünderungen in Barquisimeto, die es in anderen Städten sehr wohl gegeben hat. Und kurz vor meiner Abreise haben sie für einige Companeras auch Wassertanks besorgt und gefüllt, in deren Viertel seit Wochen kein Wasser mehr angekommen war.

Geduld ist gefragt

Gerade warten sie auf die Regenzeit. Die diesjährige Trockenzeit war extrem trocken. Der Wassermangel bekommt so noch eine drastischere Note: Ist das der Klimawandel? Wird das jetzt so bleiben? Und neben den Autobahnen und auf den fernen Hügeln brennt es: Flächenbrände zur Gewinnung von Ackerland oder einfach nur aus Unachtsamkeit. Und neben den Ausfallstraßen am Rande der Städte brennen die Müllhaufen, neben Werbung und Propaganda-Graffitis, was soll man auch sonst tun mit dem Müll?

Jemand hat mir erzählt, dass die Venezolaner*innen durchschnittlich ein Drittel ihrer Zeit in Warteschlangen verbringen. Du musst für alles anstehen: für Bargeld an der Bank, für Transport oft stundenlang, bei Behördengängen sowieso, an den zahlreichen Polizei- und Militärposten immer mit flauem Gefühl im Magen, für Essen, für Benzin – für alles, was knapp ist. Und in dieser Zeit des Wartens passiert nicht viel: Man wartet eben, drängelt sich in schattigen Bereichen neben der Straße, manche haben noch genug Kraft, um Scherze zu machen, gute Laune zu verbreiten, die Moral hoch zu halten. In wichtigen Gebäuden wie z.B. im Flughafen hängen Plakate, ist ein Satz groß auf eine Wand geschrieben: »Hier wird nicht schlecht von Chavez gesprochen!« Viele Graffitis auf Hauswänden in den großen Städten zeigen Chavez' wachsame Augen, und im Staatsfernsehen werden ständig seine Ansprachen wiederholt. Überhaupt erscheint in der Propaganda der Regierung Venezuela als ein tropisches Paradies, das tapfere Venezolaner*innen mutig gegen die ständige Angriffe der imperialistischen Gringos verteidigen, und das trotz aller Widrigkeiten immer schöner und immer besser wird.

Leider habe ich von diesem Venezuela nichts gesehen auf den Straßen, in den Städten, aber das Land ist ja riesengroß! Gesehen habe ich Internetkabel an Strommasten, die gegen Kabelklau geschützt werden, indem Glasflaschen daran befestigt werden. Gesehen habe ich Schulen, die seit November keinen regelmäßigen Unterricht mehr anbieten können, weil die Lehrer*innen streiken, ausgewandert sind oder sich den Weg zu ihrer Arbeit nicht mehr leisten können. Gesehen habe ich zerrupftes innerstädtisches Grün, weil ohne Gas jetzt wieder auf Holzfeuern gekocht werden muss. Gesehen habe ich verfallende Häuser, leerstehende Geschäfte und Fabrikgelände, kaputte Straßen und zu viele zu laute, viel zu kaputte Autos.

Politische Einstellung

Auch die Companeras von Cecosesola halten die Moral hoch, es bringt ja nichts, zu jammern oder wütend zu werden, das haben sie alles schon ausprobiert, es hat nicht zu einer Verbesserung der Zustände geführt. Die wenigsten, mit denen ich gesprochen habe, positionieren sich politisch klar als »regierungstreu« oder »oppositionell«. Es entspricht nicht der gelebten Realität, Venezuela nur in diesen beiden Kategorien zu denken, auch wenn das die internationale Berichterstattung oft nahe legt. Bei Cecosesola unterscheiden sie nach wie vor zwischen »la politica«, das ist die Politik, die von Politiker*innen gemacht wird, und »lo politico«, das ist die individuelle und kollektive politische Haltung. Als Individuen sind die Companeras natürlich frei, sich dem einen oder anderen politischen Lager zuzuordnen, zu demonstrieren, sich in den Kommunalräten einzubringen. Als Organismus, als Groß-Kollektiv wird Cecosesola sich aber nicht in »la politica« einmischen, es ist einfach zu brisant. Es gibt zu viele Widerhaken, zu viele schlimme Geschichten, zu viel Repression, zu viel Bestechung.

Dennoch besteht Hoffnung: Die Nudel-Kooperative »8 de Marzo« hat ein Silo angeschafft, um den Versorgungsengpässen mit Mehl durch eine verbesserte Lagerhaltung begegnen zu können. Und im Gesundheitszentrum CICS gehen die Bauarbeiten für das Geburtszimmer in die letzte Runde.

Es ist nicht selbstverständlich, dass alle am gleichen Strang ziehen, aber bei Cecosesola fordern sie es ein – Solidarität sichert das Überleben.

Weitere Artikel über den Aufenthalt könnt ihr lesen auf der Webseite von »Kommuja - Netzwerk der politischen Kommunen« unter:

Cecosesola und die Intercambio-Gruppe

Cecosesola (Central Cooperativa de Servicios Sociales del Estado Lara) ist ein Dachverband, in dem sich etwa 50 landwirtschaftliche Kooperativen, Produktionsgenossenschaften, ein Beerdigungsinstitut, das Gesundheitszentrum CICS und mehrere Wochenmärkte in der Millionenstadt Barquisimeto und im Staat Lara zusammengetan haben. Cecosesola wurde 1967 gegründet und hat sich seither als basisdemokratische und unabhängige Organisation behauptet. Derzeit sind etwa 1.200 Menschen fest bei Cecosesola angestellt, etwa ein Drittel der Bevölkerung des Staates Lara profitiert von den Angeboten der Kooperativen.

Seit 2015 arbeiten Menschen aus verschiedenen politischen Kommune- und Kollektiv-Netzwerken hier in Deutschland an einem Austausch mit Cecosesola. Mittlerweile ist ein internationales Austauschprojekt entstanden, in dessen Rahmen im Mai 2019 zum zweiten Mal zwei Companeras von Cecosesola nach Deutschland kamen. Die Idee: Wir wollen wechselseitig voneinander lernen und für die Zeit der Besuche das kollektive Leben und Arbeiten hier wie dort miteinander teilen.

Kontakt zur Intercambio-Gruppe: intercambio-cecosesola@systemausfall.org
Falls Ihr Cecosesola direkt finanziell unterstützen wollt, dann spendet an:
Dringlichkeitsfonds, IBAN: DE03 4306 0967 4021 1734 00, Verwendungszweck: Cecosesola
(über die Verwendung der Spenden entscheidet Cecosesola autonom. Es können keine Spendenbescheinigungen ausgestellt werden).
Kontakt: dringlichkeitsfonds-cecosesola@systemausfall.org
Link: http://cecosesola.blogspot.com

ANZEIGE

BERGISCHE BÜRGERENERGIEGENOSSENSCHAFT, WUPPERTAL

Tal.Markt – eine Innovation aus dem Bergischen Land

Das Bergische Land gilt gemeinhin als Region, die immer noch mit dem Strukturwandel zu kämpfen hat und die mehr für ihre traditionellen Industrien als für innovative Start-Ups bekannt ist. Falsch gedacht! Im sonnigen Wuppertal – südlich des Ruhrgebietes und östlich des Rheinlandes – wird derzeit ein bahnbrechendes Konzept umgesetzt, das der Energiewende einen nachhaltigen Schub gibt: »Tal.Markt«. In Wuppertal wird die Energiewende im wahrsten Sinne des Wortes »gewuppt«.

GUNNAR HARMS, WUPPERTAL

▲ Die Bergische Bürgerenergiegenossenschaft eG errichtet 2018 eine PV-Anlage auf dem Dach der Else-Lasker-Schüler-Gesamtschule. Foto: WSW Energie & Wasser AG

Was verbirgt sich hinter »Tal.Markt«? Ganz einfach: Ein neuartiger Strommarkt im schönen Tal der Wupper. Die Tallage der Stadt begünstigt durch die Lage der Dächer, speziell in Südlage, die Solarstromerzeugung. Und den Solarstrom kann man nicht nur für den Eigenverbrauch nutzen oder nach dem EEG verkaufen, sondern Interessenten, die sich auf nachhaltige Weise mit Strom versorgen möchten, können diesen Strom direkt »erzeugergenau« beziehen, über das öffentliche Versorgungsnetz. Das ist neu. Und genau das ist im Grunde auch schon alles.

Eine innovative, neue Form der Zusammenarbeit zwischen Erzeugern erneuerbarer Energie, wie z.B. auch Energiegenossenschaften und den örtlichen Stadtwerken, der WSW als Koordinator und Vermarkter. Die drei großen »D« der Energiewende werden hier mustergültig umgesetzt: Dezentralisierung, Dekarbonisierung und Digitalisierung, denn ohne effiziente IT-Prozesse für Erfassung und Abrechnung geht es nicht. Ein echter Beitrag zur Energiewende in Bürgerhand, in Zusammenarbeit mit und ohne Scheuklappen vor einem etablierten Versorgungsunternehmen, die man leider allzu oft noch vorfindet.

Selbst gewählter Strommix

Wie funktioniert es? Wie bei einem ganz normalen Marktgeschehen entscheiden die Tal.Markt-Kund*innen, von welchem Erzeuger er oder sie wieviel Strom erhalten möchte. Sie stellen sich aus einer langsam, aber stetig wachsenden Liste der Erzeuger ihren individuellen Strom-Mix zusammen. Egal, ob er oder sie Solar-, Wind-, Wasser- oder Biomasse-Strom präferiert.

Der Preis für den selbst gewählten Strommix wird entsprechend individuell, je nach Anteil der einzelnen Anlagen im Portfolio, vereinbart. Um Lieferung und Abrechnung kümmert sich der Kooperationspartner WSW. Der Vorteil dabei: Jeder Kunde bekommt genau den Mix, für den er sich entschieden hat. Wenn eine der vom Kunden ausgewählten Anlagen gerade keinen Strom erzeugt, und auch keine der sonstigen Anlagen im Tal.markt, wie z.B. Wasserkraft, Wind oder Biomasse mehr zur Bedarfsdeckung zur Verfügung steht, übernimmt die WSW für diesen Zeitraum automatisch die Versorgung mit dem Produkt »WSW Strom Grün«.

Auch die Veränderung des Bezugsportfolios ist kein Problem, falls jemand seinen Strommix ändern möchte. Die gewünschte Anpassung erfolgt viertelstundengenau. Neben dem beschriebenen Produkt »Tal. Markt« gibt es noch die Variante «Tal.Markt Live«. Bei »Tal.Markt Live« erhält der Kunde über das beschriebene Konzept hinaus noch folgende zusätzliche Informationen:

- Verbrauchsmessung live mit modernstem Smart Meter, die Umbaukosten sind inklusive;
- Verbrauchsanzeige ¼-Stunden-genau;
- Darstellung von Verbrauchskurven in beliebigen Intervallen;
- Darstellung von Stromkosten je Tag, Woche, Monat etc.

Auf diese Weise erfolgt die monatliche Abrechnung ganz präzise exakt nach Verbrauch. Eine Jahresabrechnung oder Abschläge gibt es nicht.

Die bbeg (Bergische Bürgerenergiegenossenschaft eG) konnte im ersten Halbjahr 2018 ihre 3. PV-Anlage auf dem Dach der Else-Lasker-Schüler-Gesamtschule errichten. Vertragspartner ist das Gebäudemanagement (GMW) der Stadt Wuppertal. Die Anlage mit einer Leistung von 29 kW erzeugt jährlich rund 25.000 Kilowattstunden (kWh). Als Dachpate wurde der in der Nachbarschaft wohnende Enno Thormählen gewonnen. Die bbeg ist seit 2012 ins Genossenschaftsregister eingetragen. Sie hat derzeit ca. 90 Mitglieder, die etwa 1.800 Anteile à 100 Euro halten.

Angaben zur Genossenschaft und ihre Anlagen: www.bbeg.de. Auf den Seiten der WSW Wuppertaler Stadtwerke GmbH (www.wsw-online.de) stehen weitergehende Informationen, zu Tal. Markt unter www.wsw-talmarkt.de.

STUDIE

Cloud- und Community-Lösungen für die Energiewende

EuPD Research hat Mitte 2018 eine kleine spannende Studie erstellt. In dieser werden 15 Angebote sogenannter Community- und Cloud-Lösungen in Deutschland analysiert. Anhand von acht Kriterien untersucht das Marktforschungsunternehmen verschiedene Aspekte von Vertragsdetails über Kosten bis hin zu dem damit verbundenen Nutzen. Die »sonnenCommunity« schnitt dabei am besten ab.

BURGHARD FLIEGER,
REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN

Wer sich heute für den Kauf eines Solarspeichers interessiert, dem werden neben der Hardware häufig zusätzlich Stromverträge angeboten. Die Produktnamen sind ebenso vielfältig wie die Werbebotschaften. Mittels Cloud- und Community-Lösungen werden dem potentiellen Käufer neben Freistromkontingenten auch sinkende Stromkosten oder sogar 100 Prozent Eigenverbrauch des eigenen Photovoltaik-Stroms versprochen. Letzteres ist einer der Gründe, weshalb Cloud- und Community-Lösungen für die dezentrale Energiewende von besonderem Interesse sein könnten. Handelt es sich hier doch um Prosumentenansätze: Energieakteure als Produzentinnen und Konsumenten.

Das Bonner Markt- und Wirtschaftsforschungsunternehmens EuPD Research typologisiert erstmals diese Angebote: Netzdienstleistungsmodelle, Verrechnungsmodelle, Digitale Energieversorger, Marktplatz und White Label Vertrag. Vor allem aber versucht EuPD, die Angebote im Hinblick auf ihren tatsächlichen Nutzen zu vergleichen.

Selten Entlastung der Netze

Beim Vergleichskriterium der Wirtschaftlichkeit kommt es zu erheblichen Unterschieden. Für Stromtarife mit einem Speicher ergibt sich zwischen günstigstem und teuerstem Anbieter in der Beispielrechnung für einen Vier Personen-Haushalt mit 4.500 kWh Stromverbrauch ein Unterschied von 512 Euro pro Jahr. Auch die Transparenz der Angebote wurde untersucht. Bei vielen Cloud-Lösungen wird die Einspeisevergütung des Kunden mit dem aus der Cloud bezogenen Strom verrechnet, was die tatsächlichen Kosten verdecken kann. Außerdem weisen reine Stromtarife oder Verrechnungsmodelle keinen Nutzen für das Energiesystem auf. Laut EuPD lässt sich deshalb festgehalten: »Einen Mehrwert für das Gelingen der Energiewende durch Anwendungen zur Netzentlastung bieten bislang nur die wenigsten Anbieter.«

In der Gesamtbewertung sieht EuPD die »sonnenCommunity« an erster Stelle. Die sonnenFlat ist ein Stromtarif, der auf einem virtuellen Kraftwerk basiert, über das die Speicher zusätzliche Einnahmen am Energiemarkt erzielen können. Nur mit Hilfe einer solchen zusätzlichen Wertschöpfung lässt sich ein preisgünstiger Stromtarif anbieten. Mit ihren flexiblen Flat-Tarifen ermöglicht sie beim Vergleich der Stromtarife mit Speicher das kostengünstigste Angebot. Durch die Vernetzung ihrer Speicher kann das Konzept der sonnenCommunity dem Energienetz zugute kommen, indem durch Netzdienstleistungen die Stromnetze eine Entlastung erfahren.

Der Untersuchung kommt eine hohe Aufklärungsfunktion zu. Einschränkend muss betont werden: Für Verfechter einer dezentralen Energiewende werden wichtige Kriterien vernachlässigt. Die Verflechtungen der Anbieter mit der Atom- und Kohleindustrie fließen nicht in die Bewertungen ein, auch nicht die Zusammensetzung des gelieferten Reststroms. »Buzzn« und »enyway« landen nur im Mittelfeld. Sie verkaufen als Zugangsvoraussetzung keine Hardware (Speicher, PV-Anlagen). Anders als die anderen Anbieter erzielen sie darüber keine Zusatzeinnahmen. Alle Ansätze lassen sich den individualistischen Prosumentenansätzen zuordnen: Den Prosumenten wird keine gesellschaftsrechtliche Beteiligung an den Unternehmen ermöglicht, die die Angebote organisieren. Erst mit genossenschaftsanalogen Lösungen würden sie den Community-Gedanken konsequent verwirklichen.

Die Studie kann bei der Projektleiterin Natalja Semerow (n.semerow@eupd-research.com) angefragt werden.

Buchbesprechung

Anhand von vier Fallstudien diskutiert Madlen Haney in einer aktuellen Veröffentlichung zu Energiegenossenschaften deren Transformationspotentiale. Sie zeigt, wie deren Genossenschaftsvorstände seit ihrer Gründung Potenziale für transformatives Wirtschaften vor dem Hintergrund sich wandelnder politischer Rahmenbedingungen realisiert und Handlungsspielräume innerhalb ihrer Organisation genutzt haben. Für die gesellschaftliche Transformation in Richtung Nachhaltigkeit spielt die Gestaltung des Energiesystems eine zentrale Rolle. In Deutschland unterliegt der Stromsektor seit dem Jahr 2000 einem Technologiewandel. Erneuerbare Energien ersetzen zunehmend Kernkraft- und Steinkohlekraftwerke. Die Umgestaltung des Stromsystems beschränkt sich nicht auf technologische Aspekte. Durch die Anreize des Erneuerbare-Energien-Gesetzes begannen »systemfremde Akteure«, Photovoltaik- und Windanlagen zu errichten und damit am Energiemarkt teilzunehmen. Zu diesem Zweck organisierten sich ab 2006 Bürger in mehr als 1.000 Energiegenossenschaften. Durch gesetzliche Eingriffe wurde ihre Entwicklung seit 2012 stark behindert. Darauf reagieren sie sehr unterschiedlich. Grob vereinfacht können als Wege vor allem Stagnation, Professionalisierung und die Suche nach neuen Geschäftsmodellen in Nischen unterschieden werden. Madlen Haney veranschaulicht dies gut strukturiert anhand von vier Fallstudien. Mit diesen wird verdeutlicht, wie die Potenziale der Transformation in der Realität der Genossenschaften gelebt und gestaltet werden. Die Masterarbeit kann vom konzeptionellen Aufbau, der Lesbarkeit, dem theoretischen Rahmen und der Qualität der Fallstudien für ein Weiterdenken über die Zukunft der Energiegenossenschaften uneingeschränkt empfohlen werden.

Burghard Flieger

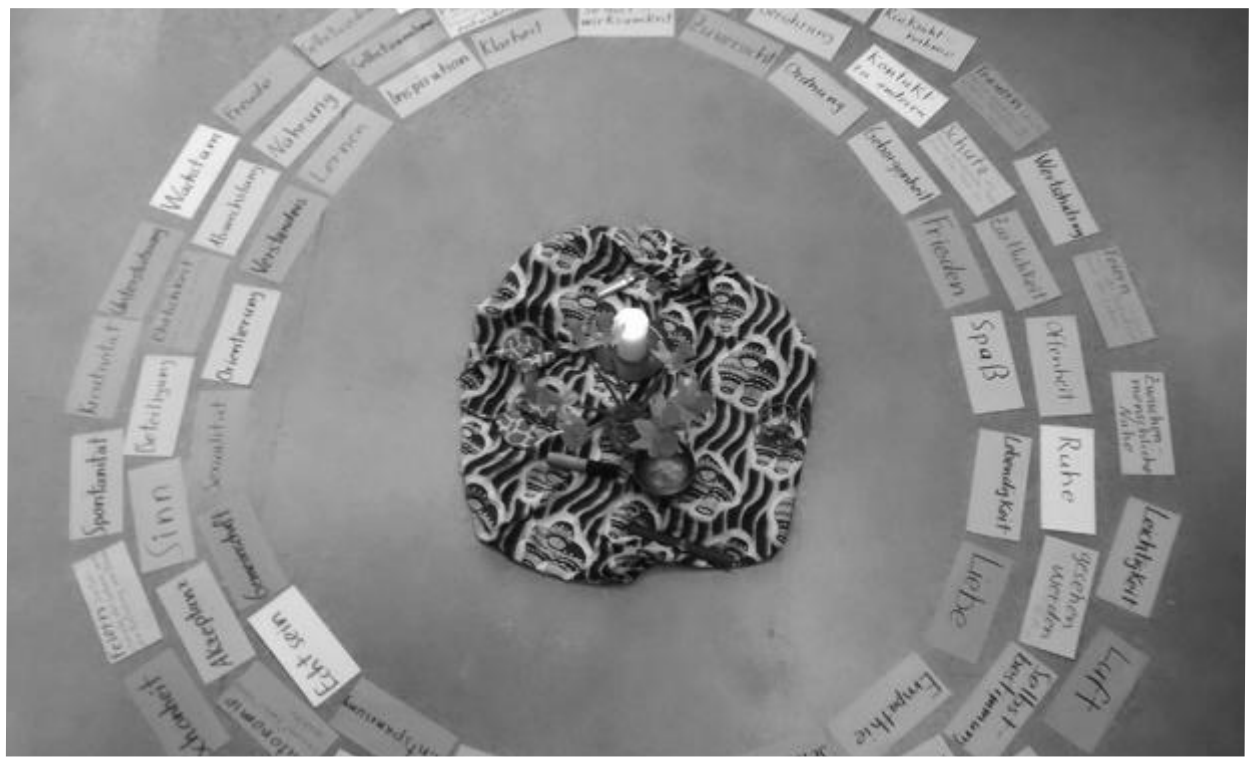
Haney, Madlen: Deutsche Energiegenossenschaften im Wandel: Vorstände berichten, wie sie die gesellschaftliche Transformation gestalten, Kommunikation und Beratung 124, Margraf Publishers Gmbh 2018, 128 S., 25,60 Euro.

EINFÜHRUNG IN DAS KONZEPT DER GEWALTFREIEN KOMMUNIKATION

Aus Wölfen werden Giraffen

In linken Kreisen und Projekten ist die Anwendung von Gewaltfreier Kommunikation (GfK) – z.T. auch als »wertschätzende Kommunikation« tituliert – zumindest nominell der anvisierte Standard. Inwiefern das Konzept wirklich umgesetzt wird, hängt dabei vom jeweiligen Projekt ab. Für Außenstehende wirkt diese Form der Kommunikation auf den ersten Blick häufig befremdlich, gefühlsduselig und umständlich. Sie widerspricht dem uns ansozialisierten Kommunikationsverhalten und muß daher erst einmal erlernt werden.

MAURICE SCHUHMANN, BERLIN



▲ Wichtige Frage in der GfK: Welche Bedürfnisse sind unerfüllt, wenn ich negative Gefühle habe? Foto: Kommunikationsgefährt*innen

Als Begründer der GfK gilt der jüdisch-amerikanische Psychologe Marshall B. Rosenberg (1924-2015), der auf Grund seiner jüdischen Abstammung immer wieder antisemitischen Anfeindungen ausgesetzt war. Er begründete 1984 das Center for Nonviolent Communication, das auf den Erfahrungsschatz von 20 Jahren Praxis aufbauen konnte. Neben der Vermittlung jener Kommunikationsform war er auch immer wieder als Mediator tätig – z.B. in Bezug auf die Überwindung der Rassentrennung in den USA oder in der palästinenisch-israelischen Aussöhnung.

GfK setzt dabei auf das Aikido-Prinzip des Nicht-Streitens, d.h. der bewußten Vermeidung von Konflikten und Überführung von Konfliktsituationen in eine gemeinsame win-win-Situation. Es geht um nichts geringes als die Welt ein Stück weit gewaltfreier und somit lebenswerter zu gestalten.

Der Begriff »Gewaltfreiheit« in der GfK ist dem gleichnamigen Konzept von Mahatma Gandhi entnommen. In dessen Sinne möchte Rosenberg den Begriff verstanden wissen will – nämlich als Haltung und nicht als »reine« Technik. (Dies bildet z.B. den großen Unterschied zwischen Leo Tolstois Gewaltlosigkeit als Taktik und Gandhis Gewaltfreiheit als Lebenseinstellung.)

GfK als Giraffenkommunikation

In der GfK wird zwischen Wolfskommunikation, d.h. der gängigen, von uns betriebenen Form der Kommunikation, und der Giraffenkommunikation, d.h. der gewaltfreien Kommunikation, unterschieden. Der Vergleich mit dem Wolf liegt auf der Hand; der Bezug zur Giraffe hingegen bedarf einer kurzen Erläuterung. Die Giraffe ist das Landlebewesen mit dem größten Herzen und zudem der Fähigkeit, seinen Kopf um 360 Grad zu drehen – und somit den Überblick zu behalten. Diese beiden Aspekte sind für für das Konzept von grundlegender Bedeutung.

Die Grundlagen der GfK sind relativ schnell erlernbar – und weisen z.T. auch Überschneidungen zu beruflicher Kommunikation im Pflege- und Erziehungsbereich auf. Prinzipiell gibt es zwei spezifische Grundvorraussetzungen:

- aufrichtiger Selbstausdruck (Authentizität)
- respektvolles Zuhören

Kommunikation findet somit auf Augenhöhe statt, d.h. ich habe sowohl meine eigenen Bedürfnisse als auch die des/der Gegenüber/s als gleichberechtigt zu behandeln.

GfK beruht prinzipiell auf den folgenden vier Facetten:

- Unterscheidung von Beobachtung und Bewertung (keine Vergleiche anstellen, Verzicht auf bewertende Verben und Adjektive, keine Zuschreibungen oder Verallgemeinerungen)
- Gefühle (authentisch) ausdrücken (Ich fühle, dass….; keine Floskeln)
- Bedürfnisse / Werte / Wünsche aussprechen (Bedürfnisse sind die Auslöser für positive / negative Gefühle.)
- (konkrete) Bitte formulieren (Eine Bitte beinhaltet stets die freie Entscheidung der anderen Person, diese auch auszuschlagen.)

Konkret bedeutet dies, dass ich

1. eine Beobachtung äußere – statt eine Bewertung abzugeben –, d.h. ich drücke aus, was ich sehe – ohne dies in eine Bewertung zu verpacken;
2. meine diesbezüglichen Gefühle konkret ausdrücke – und nicht in bildlicher oder abstrakter Form; [Bei Gefühlen gilt es, generell zu unterscheiden zwischen positiven, d.h. befriedigten Bedürfnissen, und negativen, d.h. noch nicht-befriedigten Bedürfnissen, Gefühlen.]
3. meine konkreten, eigenen Bedürfnisse äußere, da ich nicht davon ausgehen kann, dass diese für die andere Person zugleich ersichtlich sind; [In Bezug auf die Bedürfnisse gilt es, sich auch vor Augen zu führen, dass es sehr unterschiedliche Arten von Bedürfnissen gibt, z.B. biologische, psychische oder soziale Bedürfnisse.]
4. statt die andere Person aufzufordern, etwas zu tun, formuliere ich wiederum eine konkrete Bitte. Dies sollte mit weniger als 50 Worten passieren.

Dabei versucht die GfK einen Ausgleich zwischen den eigenen Bedürfnissen / Wünschen, denen der anderen Person und in Bezug auf das Verhältnis zueinander zu finden. Die Nähe zur Konzeption sowohl des Aktiven Zuhörens als auch des auf Schulz-von Thun zurückgehende Vier-Ohren-Modell ist augenscheinlich.

Ähnlich wie im Vier-Ohren-Modell werden die unterschiedlichen Ebenen der Kommunikation (Sachaspekt, Selbstaussage, Beziehungsaspekt und Appell) explizit berücksichtigt und in der Kommunikation verbalisiert.

GfK setzt aber auch auf aktives Zuhören (nach Cael Rogers) in dem Sinne, dass empathisches und offenes Zuhören sowie eine positive Grundeinstellung der Person gegenüber. Ich betrachte den Menschen gegenüber nicht als Gegner oder Feind, sondern sehe ihn oder sie als gleichberechtigten Gesprächspartner mit legitimen Gefühlen und Bedürfnissen.

Erlernen von GFK

GFK ist erlernbar – sowohl in hierfür an Volkshochschulen, von Gewerkschaften und einzelnen Trainer*innen angebotenen Seminaren als auch durch Bücher. Eine Liste von zertifizierten Trainer*innen findet sich auf der Website gewaltfrei.de. Eine kleine Auswahl von empfehlenswerten Buchtiteln findet sich im angefügten Kasten. Die beste Methode zum Erlernen ist allerdings die stetige Übung und Reflexion. Sowohl die wertungsfreie Beobachtung als auch der Ausdruck eigener Gefühle ohne auf die klassischen Floskeln zurückzugreifen, sind eine Herausforderung.

Die Anwendungsmöglichkeiten von GFK sind zahlreich, um nicht zu sagen universell. Dies spiegelt sich in der Vielzahl von Fachbüchern wider, die sich auf mögliche Anwendungsbereiche spezialisiert haben – Erziehung, Pflege, Unterricht, Beziehungen, Bewerbungsgespräche, Feedbackrunden, Gewaltprävention, zivilgesellschaftliche Interventionen gegen Gewalt, spirituelle Ebene. Nicht alles davon ist im Sinne Rosenbergs – so wird bei der Anwendung im Vorstellungsgespräch die Einstellung von der Technik abgetrennt, aber davor ist wohl in der heutigen Gesellschaft kaum etwas gefeit.

GfK verlangt vom Individuum neben Offenheit und Empathie auch die volle Aufmerksamkeit, was wiederum auch heißt, dass ich, wenn ich merke, dass ich mich gerade nicht in der Situation befinde, mich auf ein Gespräch nach den Regeln der GfK einlassen zu können, dies auch kommuniziere und z.B. eine Verschiebung des Gesprächs oder der Diskussion eines heiklen Themas erbitte. GfK heisst also nicht, dass ich immer dafür bereitstehen muss. Wenn mein Kopf voll ist, ich müde bin oder gerade emotional belastet bin, kann ich dies auch kommunizieren und muss meine eigenen Gefühle nicht hinten anstellen. Es geht damit auch um die eigene Selbstwahrnehmung.

Grenzen der GfK

GfK ist natürlich kein Allheilmittel. GfK hat immanent einen elitären Impetus, da es grundlegende Kenntnisse der Sprache voraussetzt. Menschen, die eine andere Muttersprache haben, werden hier Schwierigkeiten haben – und drohen gegebenenfalls ausgegrenzt zu werden. GfK setzt beim Gegenüber zudem eine gewisse Empfänglichkeit voraus, d.h. die andere Person muss auch bereit sein, sich auf diese Form der Kommunikation einzulassen – und auch in seiner Situation ernst genommen fühlen. Der Versuch mit fremden Menschen – gerade in gewaltgeladenen Konfliktsituationen – mit GfK zu antworten, kann eine zusätzliche Eskalationsstufe bedeuten, wenn diese Person diese Form der Kommunikation als weiteren Stressfaktor wahrnimmt oder unter Rauschmitteleinfluss steht. Eine solche Situation ergibt sich vielleicht bei dem Versuch, GfK auch zivilgesellschaftlich einzusetzen.

Wenn man dies vor Augen hat, sollte man neben der GfK, die Priorität genießt, aber auch über Grundkenntnisse von klassischer Selbstverteidigung verfügen. Ein Beispiel für die Kombination von GfK und Selbstverteidigung stellen z.B. die Seminare vom »Team Gewaltmanagement« dar. Hier geht es um Gewaltprävention u.a. durch den Einsatz von GfK – verbunden mit praktischen Übungen für Selbstverteidigung in brenzligen Situationen, wenn die GFK versagen sollte.

Literatur

Marshall B. Rosenberg: Gewaltfreie Kommunikation. Eine Sprache des Lebens, Junfermann Verlag Paderborn 2010.

Andreas Basu, Liane Faust: Gewaltfreie Kommunikation, Haufe Freiburg 2013.

Klaus Dieter Gens: Einführung in Gewaltfreie Kommunikation (kostenloser Download: http://gewaltfrei-forum.de/artikel/modell.php).

Wayland Myers: Die Grundlagen der Gewaltfreien Kommunikation. .... wie ich sie verstehe und anwende, Junfermann Verlag Paderborn 2006.

Friedermann Schulz-von Thun: Miteinander reden, Rowohlt Reinbek 1981.

Anne von Stappen: Gewaltfreie Kommunikation. Das kleine Übungsbuch, Trinity Verlag Berlin / München 2012.

Websites:
www.cnvc.org
www.gewaltfrei.de
https://coach-fuer-zivilcourage.de

ANZEIGE

Peter Altmaier, Bundesminister für Wirtschaft und Aberglauben

We are se dschampions.

Dein Abo gegen Dummheit, Lüge und Hass.

Jetzt bestellen unter jungewelt.de/abo.
Abotelefon: 0 30/53 63 55-80

GESTALTUNG: JW/UNTER VERWENDUNG EINES FOTOS VON INA FASSBENDER/REUTERS

HERAUSFORDERUNGEN SELBSTORGANISIERTER UNTERSTÜTZUNG VON MENSCHEN AUF DER FLUCHT

Helfen: Ein Thema voller Widersprüche

Das Wieserhoisl ist eines der ältesten Hofkollektive Österreichs. Zwei aus diesem Kollektiv, Mira und Lie, engagieren sich seit 2015 in verschiedenen Zusammenhängen für Menschen auf der Flucht und reflektieren die Prozesse aus der Perspektive ihrer Erfahrung mit Selbstorganisation.

BRIGITTE KRATZWALD, REDAKTION GRAZ

▲ In Latans Restaurant in Velika Kladuša kochen Veteranen aus dem Bosnienkrieg für Menschen auf der Flucht. Foto: Miodrag Dakic

Wann, wie und warum habt ihr begonnen, euch in der Unterstützung von Menschen auf der Flucht konkret zu engagieren?

M: Als klar wurde, dass viele Menschen Richtung EU unterwegs waren, gab es in Graz ein Vernetzungstreffen, wo wir überlegt haben, wie wir uns organisieren können. Wir sind dann schon einmal an die slowenische Grenze nach Spielfeld gefahren um zu sehen, wie das dort abläuft und haben Menschen auf der Flucht mit dem Auto nach Graz mitgenommen. Als wir dann gehört haben, dass richtig viele Leute ankommen, haben wir hier bei uns auf dem Hof das erste Mal gekocht und sind mit dem Riesentopf Essen nach Spielfeld gefahren. Außer uns waren da – unabhängig voneinander – mehrere Gruppen, die Essen ausgeteilt haben. Eine davon war »The Welcoming Organisation«, kurz TWO. Über diesen Verein war es uns möglich, weiterhin vor Ort zu arbeiten und gemeinsam haben wir dort einige tausend Essen pro Tag gekocht, verteilt und über Crowdfunding-Kampagnen finanziert.

Wer war sonst noch zur Versorgung der Flüchtlinge vor Ort?

L: Wir selbstorganisierten Gruppen waren die ersten, das waren einfach Autos, wo Menschen aus dem Kofferraum heraus Sachen ausgeteilt haben. Erst später sind Caritas und Rotes Kreuz gekommen. Das hat sich aber bald vermischt. Wenn wir genug Menschen beim Kochen waren, bin ich auch manchmal hinüber gegangen zum »Team Österreich«, das waren Ehrenamtliche, die vom Radiosender Ö3 organisiert wurden. In der Küche waren Menschen aus dem politischen Spektrum, in dem ich mich sonst auch bewege, im Team Österreich waren viel mehr unterschiedliche Leute und das war schon sehr interessant für mich. Es hat sich anders angefühlt, und damit wie dort geredet worden ist, hab ich hin und wieder doch zu kämpfen gehabt.

M: Wir konnten uns Jacken des Team Österreich organisieren, obwohl wir nie wirklich dabei waren, und dadurch konnten wir auch ins Lager rein. Am Anfang war das noch leicht zugänglich, dann wurde es zunehmend schwieriger, Zugang zu bekommen. Die TWO musste sich registrieren lassen, so ging es noch einige Zeit, aber es wurde immer restriktiver, bis es schließlich unmöglich wurde.

Ihr habt euch aber dann weiterhin in eurer Gemeinde Deutschlandsberg engagiert?

M: In Deutschlandsberg ist ein ehemaliges Bordell in eine Flüchtlingsunterkunft umgebaut worden. Gemeinsam mit anderen Einwohnern haben wir einen Verein gegründet, »Willkommenskultur in Deutschlandsberg«, und es wurden viele Aktivitäten organisiert, etwa ein großes Begegnungsfest am Hauptplatz. Wir haben auch Leute zu uns auf den Hof eingeladen, haben eine Rechtsberatung gemeinsam mit einem Grazer Verein organisiert, es gab verschiedenste Aktivitäten, Deutschkurse, Yoga, Fussball, ein Treffpunktcafé.

Die geflüchteten Menschen, mit denen wir viel Kontakt hatten, sind aber bald nach Graz oder Wien weiter gezogen. Es gab Konflikte mit dem Vermieter, der meiner Ansicht nach nur am Geld und nicht an den Menschen interessiert war. Schließlich konnte ich das paternalistische Verhalten in der Gruppe immer schwerer ertragen, die Dankbarkeit, die verlangt wurde, die privaten Angelegenheiten, in die die Leute hineingezogen wurden. Als sich dann auch machtvolle Abhängigkeitsverhältnisse herauszubilden begannen, habe ich mich dann zurückgezogen.

L: Wir versuchten von unserem Hof aus Aktivitäten anzubieten, uns zu vernetzen, aber wir haben uns eher isoliert gefühlt, das hat nicht so gut funktioniert. Damals hatten wir noch eine CSA (Community Supported Agriculture, solidarische Landwirtschaft) und wir hätten gerne die Menschen dort auf Augenhöhe integriert, ihnen auch eine Arbeitsmöglichkeit gegeben, aber es gab keine gesetzliche Möglichkeit, den Menschen für ihre Arbeit Geld zu geben, außer hin und wieder als Spende. Das hat sich irgendwie so wie eine Leerstelle angefühlt: da ist etwas, wo ich Verantwortung spüre und nicht so richtig ins Handeln komme. Deshalb haben wir beschlossen, dass wir im Winter, in den zwei Monaten Landwirtschaftspause, nach Velika Kladuša gehen wollten, an die Grenze zwischen Bosnien und Kroatien, wohin sich gerade die Flüchtlingsroute verlagert hatte und das nur vier Stunden von uns entfernt ist.

Bei unserer Recherche im Vorfeld haben wir nichts gefunden, außer einen Artikel aus der Kronenzeitung, wo es hieß, 20.000 bewaffnete Männer stürmen die bosnische Grenze auf dem Weg nach Österreich. Dort haben wir dann erfahren, was wirklich geschehen war: 200 Familien hatten – friedlich und unbewaffnet – acht Tage lang die Grenze blockiert, weil sie nicht durchgelassen wurden, es dort aber auch damals keine Unterkünfte für sie gab. Wie das dann in den Medien in Österreich ankam, das war schon eine krasse Erfahrung.

Wie habt ihr die Situation vor Ort erlebt?

M: Das war in vieler Hinsicht herausfordernd. Wir sind zu einem Zeitpunkt nach Velika Kladuša gekommen, wo ein Team lange miteinander gearbeitet hatte und die ersten am Weggehen waren, darunter auch die beiden Personen, die das Team aufgebaut hatten, weil eine davon des Landes verwiesen wurde. Außerdem hatten einige der Leute bereits Burnout-Symptome. Das waren zusätzliche Herausforderungen für die Selbstorganisation. Mit vielen hat es aber gut funktioniert. Es gibt dort ein Restaurant, das von Einheimischen betrieben wird, wo täglich 400 kostenlose Mahlzeiten ausgegeben werden. Außerdem einen Free Shop, in dem wir gespendete Kleidung und Hygieneartikel verteilt haben. Das ist eine Zeit lang sehr gut gelaufen, bis sich dann durch verschiedene Ereignisse von außen die Situation verschärft hat.

L: Für mich war es eine ganz neue Erfahrung, weil ich gern vorausplane und hier hat sich immer wieder alles geändert. Ich konnte immer nur reagieren, es passierte die ganze Zeit irgend etwas, womit ich nicht gerechnet hatte. Die meisten Menschen, die als »Voluntourists« – diese Wortschöpfung spiegelt die Tatsache, dass die Volunteers sich offiziell nicht als solche outen durften und vorgeblich als Tourist*innen hier waren – vor Ort sind, sind auch nur einige Wochen da und so wird immer wieder alles neu.

Was waren dann die Störungen von außen?

M: Da war einerseits die gesetzliche Situation. Gleich nachdem wir gekommen sind, musste die NoNameKitchen zusperren, eine der beiden vor Ort tätigen Organisationen. Wir sind ständig von der Polizei überwacht worden, es gab Überfälle von bosnischen Zivilisten, was zu einer allgemeinen, großen Unsicherheit geführt hat. Dann wurden im Lager keine Leute mehr aufgenommen, was für uns auch wieder neue Aufgaben gebracht hat. Schließlich gab es noch einen tödlichen Autounfall, und da war es dann unsere Aufgabe mit den Hinterbliebenen umzugehen, weil die Security im Lager sich geweigert hat, die Rettung zu rufen. Wir hatten plötzlich das Problem zu lösen, wie der Tote in seine Heimat zurückkommt. Und schließlich, da waren wir nicht mehr da, wurde auch der zweiten Organisation, dem SOS Team Kladuša die Arbeit untersagt und einige Wochen war die Arbeit der Voluntourists fast unmöglich.

Gab es Parallelen zwischen der Situation in Spielfeld 2015 und Velika Kladuša 2018 in Bezug auf den Umgang mit selbstorganisierten Gruppen?

M: Definitiv, aber ich glaube, in Bosnien ist es weniger restriktiv. Bei uns gab es die Einschränkungen schon nach zwei Monaten, dort war es viel länger möglich, dass die Leute sich organisieren. Ich finde, die Bevölkerung in Bosnien war sehr verständnisvoll und unterstützend für die Leute auf dem Weg, auch die lokale Bevölkerung organisiert sich, was ich bei uns eher nicht so erlebe.

L: Ich denke, die Kriegserfahrung der Bevölkerung spielt in Bosnien auch eine Rolle. Während es für uns im wohlstandsverwöhnten Österreich »Hilfe für die armen Menschen« ist, scheint es für viele Bosnier*innen selbstverständlicher. Es passiert eine humanitäre Katastrophe und da muss man zusammen helfen, es geht gar nicht anders. Das gilt auch für die Menschen im SOS-Team.

M: Ich finde, es ist perfekt, wenn Leute organisieren, die sich dort auskennen und wir dann die vielen Ressourcen, die wir in Österreich haben, dorthin verschieben können. Obwohl natürlich die ganze Situation falsch und widersprüchlich ist, weil eigentlich sollte das gar nicht passieren, was dort passiert und warum unterstützt man dort, wo doch eigentlich ganz etwas anderes geändert gehört und noch einmal jemand anders die Verantwortung dafür hat?

L: Ich bin in dem Zusammenhang auf den Begriff »white saviorism« gestoßen, was bedeutet, dass sich weiße Menschen immer als die »Retter*innen« positionieren, und die anderen von ihnen »gerettet« werden müssen. Und ich fand es schon spannend meine eigene Motivation dahingehend zu hinterfragen. Ich war in Bosnien immer in einer gebenden Position, ich bin die, die auf den Ressourcen sitzt und austeilen kann, und aus dieser Position bin ich nicht herausgekommen. Das zu akzeptieren, ist nicht so leicht, aber es macht Sinn das mitzudenken.

Infobox mit Spendenaufruf

Seither hat sich einiges verändert, es gibt viele Berichte über die Menschenrechtsverletzungen an der kroatischen Grenze und die Situation im Bosnien im Internet und in verschiedenen Medien, es gibt ein Dossier von Amnesty International und einen Brief von Abgeordneten des EU-Parlaments an die zuständigen Kommissare, mit der Aufforderung, der Situation ein Ende zu setzen. Zum Zeitpunkt des Interviews waren die Einrichtungen in Velika Kladuša wieder in Betrieb und neue Volunteers vor Ort. Sie sind weiterhin auf Spenden angewiesen, um einerseits die Infrastruktur aufrecht zu erhalten und andererseits Lebensmittel und Kleidung einzukaufen.

Spenden bitte an das Konto der NoNameKitchen
IBAN: ES90 0081 5155 7100 0198 4102
BIC: BSABESBBXXX
Bank: Banco Sabadell Gijón

ANZEIGE

BALKANROUTE & GRIECHENLAND

Repressionen gegen den Widerstand von Geflüchteten

Im Sommer 2016 hat sich als Reaktion auf die Räumungen solidarischer Hausbesetzungen in Thessaloniki die Antirepressionskampagne »You can't evict solidarity[1]« gegründet – eine Gruppe von bundesweit aktiven Menschen, die vor allem während des sogenannten »langen Sommers der Migration« regelmäßig entlang der Balkanroute solidarisch unterwegs waren und sich mit lokalen Unterstützungsstrukturen vernetzt haben. Sie berichten von den zunehmenden Repressionen gegen Geflüchtete und Unterstützer*innen und den Folgen.

YOU CANT EVICT SOLIDARITY-KOLLEKTIV

▲ Auf der Insel Lesbos demonstrieren Geflüchtete und Unterstützer*innen gegen massenhafte Abschiebungen in die Türkei. Foto: philmikejones / flickr.com (CC)

Europaweit beobachten wir, dass die Staats- und EU-Politik gegenüber Menschen auf der Flucht, Unterstützer*innen sowie jeglichen Alternativen zu staatlicher Migrationskontrolle zunehmend repressiver wird. Diese Abschottungspolitik zwingt Menschen dazu, den gefährlichen Weg über das von Frontex überwachte Mittelmeer zu nehmen. Die Anzahl derjenigen, die dabei starben, lag allein 2018 bei über 2.000 Menschen[2]. Die Grenzen zwischen den europäischen Staaten sind streng kontrolliert und hoch militarisiert. Während auf der sogenannten Balkanroute zwischen Serbien und Ungarn Geflüchtete von Polizei und Militär mit modernster Technik aufgespürt, mit Gewalt am Grenzübertritt gehindert und ohne Rechtsgrundlage inhaftiert werden, wurden 2015 auch Flüchtende an der Grenze zwischen Bulgarien und der Türkei erschossen[3]. Trotz alledem nehmen viele Menschen neue, gefahrvolle Wege auf sich. Viele werden daraufhin unter menschenunwürdigen Bedingungen in sogenannten »Hotspots« wie auf den griechischen Inseln Chios, Lesbos und Samos, faktisch inhaftiert, da diese seit dem EU-Türkei-Deal für Geflüchtete zu Gefängnissen geworden sind. Aktuell leben allein über 7.500 Menschen im Camp Moria auf Lesbos, das für 3.000 Personen ausgelegt ist. Andere Menschen sitzen an der bosnisch-kroatischen Grenzen in Velika Kladuša oder an der italienisch-französischen Grenze in Ventimiglia fest, wohnen teilweise auf der Straße oder werden illegal zurückgeschoben.

Von Widerstand und Repression

An verschiedenen Orten regt sich jedoch Widerstand gegen diese tödliche Politik und das EU-Grenzregime, wann immer Menschen gegen willkürliche Inhaftierungen, für offene Grenzen und für ihre Rechte kämpfen. So gab es u.a. ein Protestcamp von Geflüchteten bei Velika Kladuša im Herbst 2018, sowie unzählige Proteste von Geflüchteten in den Lagern auf den griechischen Inseln und an anderen europäischen Grenzorten, Städten oder (Abschiebe-)Gefängnissen. Viele dieser oft für die Öffentlichkeit unsichtbaren Proteste werden mit Gewalt durch die Polizei oder andere staatliche Kontrollinstanzen beendet und die Protestierenden abgeschoben oder inhaftiert, wie in den unten erläuterten Fällen.

Aus der Not besetzte Häuser werden wie in Thessaloniki im Sommer 2016 geräumt, solidarische Aktivist*innen durch neue Gesetze mit hohen Haftstrafen wegen »Schleuserei« konfrontiert. Gleichzeitig kriminalisiert die EU solidarische Seenotretter*innen, wie »Jugend rettet« oder »Sea Watch«, die mit ihren Schiffen mit Geretteten nicht in europäischen Häfen anlegen dürfen.

Im Folgenden werden einige solcher Repressionsfälle gegen Geflüchtete, die sich ihrer menschenunwürdigen Lage widersetzen, exemplarisch dargestellt und stehen zugleich für unzählige weitere Fälle ähnlicher staatlicher Brutalität und legaler Willkür, die größtenteils im Verborgenen bleiben.

Ahmed H. und die »Röszke 11«, Ungarn

Im September 2015 wurden bei Protesten gegen die Schließung der serbischen Grenze durch Ungarn bei Röszke elf Geflüchtete aus der Menge heraus verhaftet und u.a. wegen Terrorismus und illegalem Grenzübertritt angeklagt. Im November 2016 wurde einer von ihnen, Ahmed H., zu zehn Jahren Haft verurteilt. Durch Solidaritätsarbeit und Proteste konnte dieses Urteil in den nächsten Instanzen gekippt und um fünf Jahre verringert werden. Seine Freilassung wird für das Frühjahr 2019 erwartet.

Die »Moria 35« und »Moria 8«, Griechenland

Der Fall der »Moria 35« ist seit Herbst 2018 abgeschlossen. Darin ging es um 35 Menschen, die im Juni 2017 nach einem friedlichen Sitzstreik im Camp Moria auf Lesbos (Griechenland) von der Polizei wahllos und brutal verhaftet worden sind. Alle 35 Personen wurden freigelassen, einige von ihnen wurden abgeschoben. Ein Vorgehen, das sich auf ähnliche Weise im aktuellen Fall der »Moria 8« wiederholt: Im März 2018 entfachten sich erneut Proteste im Camp Moria. Das anschließende Klageverfahren gegen die vermeintlichen »Täter*innen« basierte auf vagen Aussagen zur Identifizierung u.a. eines vermeintlichen Rädelsführers, der jedoch nachweislich gar nicht vor Ort war, als der Protest losging.

Ganz aktuell, im Februar 2019, wurden alle acht Angeklagten freigesprochen, nachdem sich herausstellte, dass die Aussage gegen die acht Betroffenen auf Druck der Polizei und mit einem Versprechen auf Weiterreise für den vermeintlichen Zeugen durch diesen getätigt wurde. Somit saßen acht Menschen nachweislich unschuldig für elf Monate im Gefängnis[4].

Solidarität entlang von Fluchtrouten

Repressionen und Kriminalisierung gegen Solidaritätsbewegungen entlang von Fluchtrouten haben in den letzten Jahren massiv zugenommen. Die Kriminalisierung von Menschen, die versuchen, selbstorganisierte Alternativen zur repressiven Asylpolitik aufzubauen, ist auch andernorts zu beobachten: So wurden in Belgrad besetzte Häuser zum Schutz vor Kälte für Menschen auf der Flucht immer wieder geräumt; Protestaktionen in Ungarn im Kampf gegen den rassistischen Schauprozess von Ahmed H. juristisch verfolgt, selbstorganisierte Seenotrettung auf den griechischen Inseln angegriffen, die einfache Basisversorgung von Flüchtenden in Ventimiglia oder die Unterbringung von Geflüchteten in Privathäusern in Brüssel kriminalisiert.

Dennoch gibt es trotz all der staatlichen Repressionen weiterhin Widerstand und Proteste und außerdem ein breites Netzwerk aus solidarischen Strukturen entlang der Balkanroute und darüber hinaus. So gibt es z.B. in vielen Städten soziale Zentren und Hausbesetzungen, in denen kostenlose Sprachkurse, medizinische Versorgung, Rechtsberatung bei Repression und im Asylverfahren, Essen und Kleidung, aber auch Theater, Musik und Kino organisiert werden. Viele verschiedene und gemeinsame Kämpfe finden permanent statt: von Menschen an den EU-Grenzen, in den Camps, in (Abschiebe-)Gefängnissen und auf den Straßen; gegen die unmenschlichen Bedingungen und das EU-Grenzregime und für Freiräume und Bewegungsfreiheit von Menschen – manche sichtbarer als andere.

Antirepressionsarbeit

Der Fokus der Kampagne »You can't evict solidarity« liegt auf der Unterstützung von Menschen, die nach Widerstandshandlungen in antirassistischen Kämpfen an den EU-Grenzen von staatlichen Repressionen betroffen sind. Seit 2016 wurden mehrere 1.000 Euro an Spenden gesammelt und an Betroffene weitergeleitet, um Anwalts- und Gerichtskosten zu bezahlen. Außerdem werden Gerichtsprozesse vor Ort oder von Deutschland aus solidarisch und mit Öffentlichkeitsarbeit begleitet, Informationsvorträge zur aktuellen Situationen entlang der Balkanroute gehalten und eine transnationale Vernetzung und Zusammenarbeit mit Betroffenen und lokalen Initiativen aufgebaut. Es wurden seither einige Freisprüche erwirkt und Menschen aus Gefängnissen entlassen – unter anderem im Fall der »Moria 8« und der »Moria 35« sowie für die 100 Angeklagten der Hausbesetzungen in Thessaloniki.

[1] übersetzt etwa »Du kannst Solidarität nicht gewaltsam vertreiben«
[2] https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/fluechtlinge/zahlen-fakten/zahlen-mittelmeer-2018/
[3] https://www.zeit.de/wirtschaft/2015-10/fluechtlingskrise-grenzschutz-bulgarien
[4] Mehr Informationen zu diesen und weiteren Fällen unter: https://cantevictsolidarity.noblogs.org/

Was könnt ihr tun?

- Unterstützt die Kampagne, indem ihr diese Infos verbreitet. Auf unserem Blog könnt ihr Infomaterial bestellen.
- Schreibt selber Aufrufe und werdet kreativ.
- Veranstaltet Soliparties und sammelt Spendengelder für die Unterstützung inhaftierter Genoss*innen .
- Organisiert Infoveranstaltungen, damit die Situation von inhaftierten (geflüchteten) Aktivist*innen sichtbar wird.
- Vernetzt euch mit bereits bestehenden Unterstützungsstrukturen und erzählt diesen von der Kampagne. Teilt eure Erfahrungen und Erlebnisse, gerne auch mit uns.
- Helft mit Übersetzen! Es reicht nicht, Flyer in den europäischen Mehrheitssprachen zu verfassen. Falls du oder deine Freundin*innen übersetzen könnt, macht gerne mit.

Lasst uns gemeinsam kraftvoll und grenzenlos gegen Repression kämpfen – lasst uns selbstorganisierte Strukturen der Solidarität als Alternative gegenüber Polizei, Staat und EU schaffen!

Kontakt: cantevictsolidarity@riseup.net

Spendenkonto:
Rote Hilfe e.V. / OG Hannover
IBAN: DE42 4306 0967 4007 2383 57
BIC: GENODEM1GLS
GLS Bank
Verwendungszweck: Cant evict Solidarity

ANZEIGE
Genossenschaft gründen?
www.genossenschaftsgruendung.de
Telefon 040 - 23 51 97 90
Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.

ARCOM — DIE STIMME DER STIMMLOSEN

Zwischen Repression und Selbstermächtigung

Vor einigen Monaten fand in der marokkanischen Hauptstadt Rabat die erste Konferenz der ARCOM statt. Die »Association des Refugi-é-s et Communautés Migrantes«, also die »Vereinigung der Geflüchteten und migrantischen Communities« gilt aktuell als die wahrscheinlich dynamischste und stärkste Gruppe aus dem Spektrum der selbstorganisierten Migrant_innenvereine in Marokko.

ALEXANDER BEHR, AFRIQUE-EUROPE-INTERACT

Die ARCOM wurde im Jahr 2005 von einer Gruppe von Geflüchteten aus der Demokratischen Republik Kongo gegründet, darunter der Buchautor und Aktivist Emmanuel Mbolela. Die Gruppe kann bereits auf eine Vielzahl von Aktionen zurückblicken. Seien es Proteste gegen Abschiebungen in das marokkanisch-algerische Grenzgebiet, Widerstand gegen Polizeigewalt, gegen die Externalisierung des EU-Grenzregimes sowie gegen die Passivität des UNHCR, oder Kampagnen für den Zugang zu Gesundheitsversorgung und für die Legalisierung von Papierlosen: Die Arbeit der ARCOM hat in unzähligen Fällen konkrete Hilfe geleistet und wohl oft auch Leben gerettet. Außerdem brachte die ARCOM die »Stimme der Stimmlosen«, also der Illegalisierten, mit Nachdruck in den öffentlichen Diskurs – sowohl in Marokko als auch in Europa. Die Gruppe ist Teil des Netzwerks Afrique-Europe-Interact und arbeitet eng mit dem Europäischen BürgerInnen Forum zusammen. Im Jahr 2014 gründete die ARCOM ein Frauenhaus für subsaharische Migrantinnen und schuf damit zum ersten Mal in der Geschichte Marokkos einen Ort, an dem von Gewalt betroffene migrantische Frauen in Sicherheit sind.

In den 13 Jahren ihrer Existenz gelang es der ARCOM jedoch niemals, eine eigenständige Konferenz zu organisieren – dies lag jedoch nicht etwa an fehlenden organisatorischen Kapazitäten der Gruppe, vielmehr erschwerte das politische Klima in Marokko die Selbstorganisation von Geflüchteten seit jeher massiv. Und auch die Konferenz Anfang Dezember stand buchstäblich bis zur letzten Minute auf Messers Schneide: Die ARCOM hatte einen großen Saal im Stadtteil Hay Nada gemietet und bekam noch am Tag vor dem Beginn hohe behördliche Auflagen erteilt. Zudem wurde mehreren Teilnehmer_innen die aktive Teilnahme an der Konferenz schlichtweg untersagt – unter anderem der Menschenrechtsgruppe GADEM, die wenige Monate zuvor einen ausführlichen, kritischen Bericht über die Abschiebungen von Migrant_innen durch die marokkanische Polizei veröffentlicht hatte.

Aus all diesen Gründen war noch am Morgen des ersten Tages der Konferenz völlig unklar, ob das geplante Ereignis überhaupt durchgeführt werden kann. Als dann letztlich über 400 Teilnehmer_innen – mehrheitlich Migrant_innen aus Ländern südlich der Sahara – erschienen, war die Erleichterung groß. Der starke Zuspruch war laut der Einschätzung mehrerer Mitglieder der ARCOM unter anderem darauf zurückzuführen, dass es in den migrantischen Communities viel Wut und Frustration gibt: Die Überwindung der Grenzzäune rund um Ceuta und Melilla wird immer schwieriger, in Marokko sind Verhaftungen und Rückschiebungen in den südlichen Teil des Landes seit dem Sommer wieder an der Tagesordnung. Vor dem Hintergrund dieser Umstände hätte der Titel der Konferenz nicht besser gewählt sein können: »La Voix aux Migrant-e-s« – also »das Wort den Migrant_innen«.

Bewegungen verbinden

Allassane Dicko von der AME, der Vereinigung der Abgeschobenen aus Mali, moderierte das zweitägige Zusammentreffen. Das Ziel war, transnationale Verbindungen zwischen sozialen Bewegungen zu stärken sowie neue Verbindungen herzustellen, um den geographischen Bogen von West- und Zentralafrika über den Maghreb bis nach Europa zu spannen.

Ebenfalls vertreten waren Aktivist_innen des »Watch the Med Alarm Phone« aus Tanger im Norden des Landes, einem Netzwerk zur Seenotrettung im Mittelmeer. Eine Telefonhotline, die rund um die Uhr betreut wird, nimmt Anrufe von Schiffbrüchigen entgegen und leitet die Informationen an die Seenotrettungen der zuständigen Länder weiter. Die Arbeit des Alarm Phones ist angesichts der sich verschärfenden Kriminalisierung privater Hilfsorganisationen im Mittelmeer von zentraler Bedeutung.

▲ ARCOM Konferenz im Dezember 2018 in Rabat — Foto: Afrique-Europe-Interact

Des weiteren nahmen Aktivist_innen des transnationalen Netzwerks Afrique-Europe-Interact teil, die vor kurzer Zeit das Alarm Phone Sahara gründeten. Dieses will wie das Watch the Med Alarm Phone eine verlässliche und stabile Grundlage für die Notrettung von Flüchtenden organisieren – Schätzungen zufolge sterben bei der Durchquerung der Sahara mindestens genauso viele Menschen wie bei der Überquerung des Mittelmeers.

Die Stimmen von Frauen und Kindern

Einen zentralen Platz bei der Konferenz hatten die Beiträge migrantischer Frauen. Viele von ihnen leben aktuell im Frauenhaus der ARCOM. Derzeit leben rund 50 Frauen in den Strukturen des Frauenhauses, der Großteil von ihnen kommt aus der Elfenbeinküste, aus Guinea, der RD Kongo, aus Mali oder Benin – viele haben kleine Kinder. Ihre Fluchtgründe sind divers: Frauen aus der RD Kongo oder aus der Elfenbeinküste fliehen vor den Auswirkungen der dortigen Kriege; zahlreiche Frauen berichteten von patriarchaler Gewalt, insbesondere von Zwangsverheiratungen. Viele sprachen davon, dass ihre Gewalterfahrungen keineswegs mit der Flucht zu Ende waren – auch in Marokko sind sie sexualisierter Gewalt ausgesetzt. Besonders schlimm sind die Übergriffe im marokkanisch-algerischen Grenzgebiet. Die Gewalt geht meist von Grenzpolizisten und Militärs aus, teils aber auch von mitreisenden Migranten.

Das Programm der Konferenz bestand jedoch nicht zur Gänze aus Podiumsdiskussionen und Redebeiträgen: Eine Reihe von Migrant_innen präsentierten »Slam«-Vorführungen, also Spoken Word-Performances. Rund zwanzig Kinder und Jugendliche aus dem Umfeld der ARCOM brachten ein eindrucksvolles Theaterstück zur Aufführung – zentrales Thema war dabei die Förderung des friedlichen und solidarischen Zusammenlebens zwischen marokkanischen und migrantischen Kindern und Jugendlichen. Ein großartiger Erfolg in diesem Zusammenhang ist, dass in den Theaterkursen der ARCOM nicht nur Kinder von Geflüchteten mitwirken, sondern auch solche aus marokkanischen Familien.

Für die sozialen Bewegungen und Strukturen, die die Arbeit der ARCOM diesseits und jenseits des Mittelmeers unterstützen, dürften sich in der kommenden Zeit folgende Aufgaben stellen:

Erstens gibt es Überlegungen, ein soziales Zentrum für Migrant_innen zu gründen – eventuell mit einem Restaurantbetrieb, und wenn möglich in räumlicher Nähe der fünf Wohnungen des Frauenhauses. Dafür wird es notwendig sein, finanzielle Unterstützung in Europa zu organisieren.

Neue Aufgaben

Zweitens ist es wichtig, die Strukturen des Mittelmeer-Alarmphones sowie des Alarmphone Sahara zu stärken. Möglichst viele Migrantinnen und Migranten müssen von der Möglichkeit wissen, dass sie im Notfall auf eine Rettung in der Wüste oder auf hoher See zählen können. In der wichtigen Transit-Stadt Rabat kann die ARCOM hier eine Schnittstelle darstellen.

Drittens muss die Kritik an der Externalisierung des EU-Grenzregimes verstärkt werden. Hier wird es besonders wichtig sein, oben genannte transnationale Bündnisse zu schaffen. Denn die Europäische Union verstärkt den Druck auf die Länder des Maghreb sowie die Länder der Sahel-Zone immer mehr. Unverhohlen werden auch Mittel aus der Entwicklungszusammenarbeit dafür eingesetzt, Migrationsabwehr zu betreiben. Das haben zuletzt unter anderem Simone Schlindwein und Christian Jakob in ihrem Buch »Diktatoren als Türsteher Europas« nachgewiesen.

Viertens sollte das Buch des ARCOM-Gründers Emmanuel Mbolela weitere Verbreitung finden. Mbolela berichtet darin über den Widerstand gegen das Regime von Joseph Kabila in der Demokratischen Republik Kongo, über seine Flucht, über seine Aktivitäten in Marokko und die Gründung der ARCOM bis hin zur Arbeit von Afrique-Europe-Interact. Das Buch ist ein wichtiges Werkzeug im Aufbau von politischer Solidarität und kommt unter anderem in unzähligen Schulen zum Einsatz. Des weiteren dient es als zentrales Tool für das Einwerben von Spenden für das Frauenhaus in Rabat. Nachdem das Buch im Jahr 2014 auf deutsch erschienen ist, gibt es mittlerweile eine französische und eine italienische Version. Eine spanische, holländische und englische Ausgabe sind in Vorbereitung.

Fünftens geht es darum, gemeinsam Druck aufzubauen und den marokkanischen Staat dazu zu bewegen, eine weitere Legalisierungskampagne zu eröffnen. Nachdem es für Illegalisierte in den Jahren 2014 und 2016 bzw. 2017 bereits möglich war, unter gewissen Auflagen an Aufenthaltspapiere zu kommen, wäre es höchste Zeit, dies wieder zu ermöglichen. Dies würde einen wichtigen Schutz gegen willkürliche Gewalt von Seiten der Polizei darstellen und vor allem Arbeitsmöglichkeiten eröffnen.

Das Recht zu bleiben

Last but not least sollte in der gemeinsamen politischen Arbeit die Ausplünderung der Ressourcen in den Herkunftsländern der Geflüchteten thematisiert werden. Nicht umsonst hat sich das Netzwerk Afrique-Europe-Interact auf die Fahnen geschrieben, nicht nur für das Recht zu gehen zu kämpfen, sondern auch für das Recht zu bleiben; also für das Recht, unter würdigen und guten Bedingungen dort leben zu können, wo man aufgewachsen ist. Diese Forderung kam während der Konferenz in mehreren Redebeiträgen klar zum Ausdruck: So wies Emmanuel Mbolela im Eröffnungsvortrag der Konferenz einmal mehr darauf hin, dass das Coltan aus dem Kongo frei reisen kann; ebenso das Gold aus Mali, der Kakao aus der Elfenbeinküste oder das Erdöl aus Nigeria – den Menschen allerdings wird die Reisefreiheit verwehrt. Europa behauptet, so Mbolela, dass es nicht möglich sei, das Elend der ganzen Welt aufzunehmen – doch anscheinend ist es für Europa seit Jahrhunderten sehr wohl möglich, die Reichtümer aus aller Welt aufzunehmen. Das, so der Grundtenor der Konferenz, muss sich grundlegend ändern!

Link: afrique-europe-interact.net

ANZEIGE

Nulltoleranz

Rechte Ideologien und Kritik in den Debatten um Bio-, Gen- und Reproduktionstechnologien

◆◆◆ Jetzt bestellen! ◆◆ Gen-ethischer Informationsdienst ◆◆ Nr. 249 ◆◆ Mai 2019 ◆◆ Einzelausgabe 8,50 Euro ◆◆ Jahresabo (4 Ausgaben) 35 Euro ◆◆◆

GeN
Gen-ethisches Netzwerk e.V.
Stephanstr. 13 · 10559 Berlin
Tel 030-685 70 73 · Fax 030-684 11 83
www.gen-ethisches-netzwerk.de

Zwischen Konflikten und Lernpotenzial

▲ Bilder wie dieses verstärkten den allgemeinen Eindruck der Krise. Foto: Daniel Weber

Seit dem »langen Sommer der Migration« 2015 hat in Deutschland und Österreich die Zahl der Menschen, die sich in der Flüchtlingshilfe engagieren sprunghaft zugenommen. Viele Menschen, die vorher noch nie mit Flüchtlingen zu tun hatten, wurden motiviert zu helfen, weit über die antirassistischen, linken oder religiösen Gruppen hinaus. Wie ist dieses Engagement politisch einzuschätzen und was hat es bewirkt?

BRIGITTE KRATZWALD, REDAKTION GRAZ

Aktuelle wissenschaftliche Untersuchungen dieser neuen Willkommenskultur beschäftigen sich hauptsächlich mit zwei Fragen: erstens, ob diese Form des Engagements »unpolitisch« sein kann und zweitens inwieweit Machtverhältnisse reproduziert oder aufgebrochen wurden. Dazu kommt eine dritte Frage, nämlich die nach den Aufgaben der Zivilgesellschaft und ihrem Verhältnis zum politischen Migrationsregime, die sich im Lauf der Jahre geändert haben.

Die Krisenmetapher als Ausgangspunkt

Das Framing in Politik und Medien als Flüchtlings-»Krise« und die Bilder von überfüllten Bahnhöfen und Flüchtlingslagern, von Menschenkolonnen an den Grenzen, die diese Wahrnehmung verstärkten, führten zu einer Welle an Hilfsbereitschaft. Sie lieferten aber – mit etwas längerer Vorlaufzeit – für Rechte auch einen willkommenen Anlass, Ängste und Vorurteile zu schüren. Krise bedeutet Gefahr und das ist interpretationsoffen in beide Richtungen. So kam es, dass zwei Entwicklungen parallel liefen. Einerseits entstand eine große Zahl lokaler Gruppen, die ein vielfältiges Angebot für Flüchtlinge bereit stellten: Deutschkurse, Sportprogramme, Begegnungsräume, Begleitung und Unterstützung bei Behördenwegen und vieles mehr. Andererseits kam es in dem Zeitraum seit 2015 zu einer beispiellosen Zahl an Verschärfungen der Asylpolitik und einer Zunahme von Abschiebungen, da immer mehr Länder zu »sicheren Drittstaaten« erklärt wurden. Diese Verschärfungen betrafen indirekt auch die Helfenden und änderten die Form ihres Engagements.

Angesichts der Krise wurden viele Menschen motiviert zu helfen, die sich davor weder sozial, noch politisch engagiert oder in selbstorganisierten Strukturen bewegt hatten. Viele der sich neu engagierenden Menschen haben sich anfangs dezidiert als »unpolitisch« verstanden. Sie boten humanitäre Hilfe für Menschen in Not, mit Politik hatten sie nichts am Hut. Tatsächlich, so stellen die Untersuchungen fest, war diese neue Form des selbstorganisierten Helfens hochpolitisch, allerdings mit ambivalenten Effekten. Leicht kann es passieren, dass sich Helfende zu Komplizen eines zunehmend repressiveren Systems machen und soziale Ungleichheiten, Ausschlüsse und Hierarchien reproduzieren. Diese Gefahr kann jedoch nicht erkannt werden, wenn die politische Bedeutung der eigenen Rolle verdrängt wird. So wurden manchmal unreflektiert die Ansprüche, wie Flüchtlinge zu sein hätten, von Politiker*innen übernommen oder die Unterscheidung zwischen »echten« Flüchtlingen und Wirtschaftsflüchtlingen nicht hinterfragt.

Ein zentraler Vorwurf an diese unreflektierte, humanitäre Hilfe ist, dass sie häufig mit einer partriarchalen Haltung einhergeht, wie sie auch in der Entwicklungshilfe anzutreffen ist, wo die Rollenverteilung klar ist: »wir« wissen, wie man hier bei uns lebt und wir helfen den »anderen« das möglichst schnell auch zu lernen. Flüchtlinge werden als Opfer gesehen und nicht als Rechtssubjekte und sollen sich möglichst auch so benehmen, demütig und dankbar. Oft entsprachen Angebote eher dem, was die Helfenden glaubten, dass für die Flüchtlinge gut sei als deren eigenen Bedürfnissen.

Es zeigte sich aber, dass freiwillige Helferinnen durchaus bereit sind, von den Neuankömmlingen zu lernen, darum liegt hier auch Potenzial für eine lange notwendige Veränderung des dominierenden Integrationsparadigmas, das auf vollkommene Assimilation an die Kultur des Aufnahmelandes ausgerichtet ist. Die Begegnungen mit geflüchteten Menschen führen dazu, dass die Helfenden aus nächster Nähe die Widersprüche des europäischen Migrationssystems erfahren. Menschen können dann explizit politisch werden, weil sie diese Maßnahmen nicht mittragen wollen. Die Menschen verändern sich durch den Kontakt und die Interaktion mit den Geflüchteten und oft entstanden auch neue Netzwerke innerhalb der alten Bewohner*innen einer Gemeinde. Das kann dazu führen, dass plötzlich ganze Ortschaften, inklusive der konservativen Politiker*innen, auf die Straße gehen, wenn »ihre« Flüchtlinge nach Jahren des Zusammenwachsens abgeschoben werden sollen, geschehen in mehreren Orten der Steiermark, Oberösterreichs und Vorarlbergs. Oder es kann passieren, dass eine Ärztin, die bisher nicht einmal ein Strafmandat im Straßenverkehr bekommen hatte, sich plötzlich als Gastgeberin eines »Illegalen« wiederfindet und damit im Widerspruch zu den Gesetzen.

Neben den neu hinzugekommenen Menschen aus dem bürgerlichen Milieu beteiligten sich auch langjährige Aktivist*innen aus linken, antirassistischen Bewegungen wie dem No-Border-Movement an den selbstorganisierten Hilfsmaßnahmen. Aus der Perspektive des No-Border-Movement ist die europäische Migrations- und Asylpolitik eine Freiheitsbeschränkung und produziert erst die Einteilung von Menschen in legal oder illegal. Migrant*innen sind aus dieser Sicht keine Bedrohung für den nationalen Zusammenhalt, sondern eine Bereicherung für die Aufnahmegesellschaft. Zudem sehen die Aktivist*innen die westlichen kapitalistischen Staaten in der Verantwortung, weil sie die Gründe für die Flucht zumindest mit verursacht haben.

Hilfe und Systemkritik

Im Unterschied zu den Ehrenamtlichen hatten diese Aktivist*innen von Anfang an den Anspruch, ihr Engagement mit Systemkritik zu verbinden, vor allem postkoloniale und patriarchale Strukturen aufzubrechen. Sie sehen die Neuankömmlinge als Akteure ihres Lebens und als Inhaber von Rechten, bei deren Inanspruchnahme sie sie unterstützen wollen. In dem Zusammentreffen dieser beiden unterschiedlichen Weltanschauungen innerhalb vieler lokalen Gruppen entstanden Konflikte, aber auch Lernprozesse. Der Kontakt zwischen den neuen Ehrenamtlichen und den Aktivist*innen der antirassistischen und No-Border-Bewegungen war ein weiterer Faktor der Politisierung der ersteren.

Die Erfahrungen und Praktiken, die solche Bewegungen sammeln, wenn sie versuchen, hierarchiefreie Begegnungen mit Menschen mit unterschiedlichem Aufenthaltsstatus zu gestalten, können für die ganze Gesellschaft hilfreich sein und auch einen Gegenpol zu lokalen rechtspopulistischen Strömungen bilden. Das würde erklären, warum diese dort am stärksten sind, wo es kaum Erfahrungen mit Migrant*innen gibt.

Es gab von Anfang an den Vorwurf, dass es sich bei der Auslagerung von Flüchtlingsbetreuung an die Zivilgesellschaft um eine Fortsetzung des neoliberalen Programms handle, bei dem sich die Regierungen aus ihren Aufgaben zurückziehen. Tatsächlich konnte am Anfang dieser Eindruck entstehen, denn in dieser Situation sprangen viele Menschen ein, wo die Regierungen versagten und versorgten die Ankommenden mit dem Notwendigsten, mit Nahrung, Kleidung und Unterkunft. Sobald aber die großen Hilfsorganisationen in die Gänge kamen und die staatlichen Strukturen zu greifen begannen, wurde die zivilgesellschaftliche Hilfe eher zurückgedrängt und zu verhindern versucht. Zu viel Kontakt zwischen Einheimischen und Zugezogenen bringt Ärger bei Abschiebungen und sonstigen menschenverachtenden Maßnahmen. In diesem Bereich wollen die Regierungen offenbar die Kontrolle nicht aus der Hand geben.

Von der Hilfe zum Widerstand

Von Beginn an war es häufig so, dass die Menschen, die sich aktiv in der Hilfe engagieren, auch die politisch engagierten, von der Größe der Aufgabe so ausgelastet waren, dass sie kaum Zeit hatten, sich daneben auch noch mit politischen Fragen zu beschäftigen. »Menschen in Not brauchen Hilfe und dafür sind wir da«, meinte etwa Axel Steier, der Gründer der Mission Lifeline, bei einem Interview in Graz. Dabei ist Steier ein politischer Kopf, aber die Organisation der Seenotrettung nimmt einfach alle Energie in Anspruch. So kam es mit der Zeit dazu, dass sich Organisationen gründeten, die explizit die politischen Ziele auf ihre Fahnen hefteten, etwa die Bewegung gegen Abschiebungen oder die Seebrücke, die sichere Fluchtwege fordert und sich gegen die Kriminalisierung der Seenotrettung wendet. Es kam hier zu einer Art Arbeitsteilung, wo eine Gruppe von Menschen die politische Arbeit übernimmt, um den anderen den Rücken frei zu halten, wobei es durchaus personelle Überschneidungen und gegenseitige Unterstützung gibt.

Was sich aber essenziell geändert hat, ist die Rolle der zivilgesellschaftlichen Akteure und ihr Verhältnis zur Politik. Waren sie vorher eine Ergänzung staatlicher Maßnahmen mit dem Ziel den Neuankommenden zu helfen, finden sie sich jetzt häufig in einer diametral entgegengesetzten Position: sie verteidigen die Menschenrechte gegen rechte Asylpolitik, indem sie Abschiebungen durch zivilen Ungehorsam verhindern oder Menschen bei sich aufnehmen und vor der Polizei verstecken, wie etwa die Gruppe Bürger*innenasyl. Als Konsequenz davon werden auch die Helfer*innen zunehmend kriminalisiert und in vielen europäischen Ländern wird die Unterstützung von Flüchtlingen strafbar.

Alle verwendeten wissenschaftlichen Artikel sind unter einer Creative Commons Lizenz online verfügbar:

Larissa Fleischmann / Elias Steinhilper: The Myth of Apolitical Volunteering for Refugees: German Welcome Culture and a New Dispositif of Helping
Leslie Gauditz: The Noborder Movement: Interpersonal Struggle with Political Ideals
Katherine Braun: Decolonial Perspectives on Charitable Spaces of »Welcome Culture« in Germany

ANZEIGE

Seit fast 30 Jahren ist Somalia ein Land faktisch ohne Regierung. Immer wieder gibt es militärische Interventionen. Am stabilsten ist der Norden, wo bisher nicht interveniert wurde.

Somalia
Magazin Verlag, 2016, 48 Seiten, 2 Euro
online bestellen: www.brd-dritte-welt.de

LANDBAU STATT LOGISTIKGEBIET

Der Acker bleibt!

In der Nähe von Witzenhausen – zwischen Kassel und Göttingen – haben Klimaaktivist*innen einen Acker besetzt, auf dem ein Logistikgebiet gebaut werden soll. Sie wollen die Pläne durchkreuzen und im Lokalen auf globale Probleme aufmerksam machen.

AKTIONSGRUPPE »ACKER BLEIBT!«

▲ Es gibt keinen Planet B: Deshalb kämpfen die Besetzer*innen für eine ökologische und nachhaltige Nutzung dieses Ackers.

Foto: Regine Beyß

80 Hektar groß ist der Acker, den die Dietz AG zubetonieren will. Das entspricht etwa 100 Fußballfeldern. Er liegt in der »Ökolandbau Modellregion Nordhessen« und zählt zu den fruchtbarsten Böden Deutschlands. Was hier wächst, könnte auf Dauer Menschen mit lokalen Nahrungsmitteln versorgen. Doch die Gemeindevertretung Neu-Eichenbergs könnte bald den neuen Bebauungsplan beschließen und dem Investor grünes Licht für die Versiegelung des wertvollen Bodens geben. Die schwarz-grüne Landesregierung hat dem Projekt bereits zugestimmt – trotz des neu erklärten »Staatsziels Nachhaltigkeit« in der hessischen Verfassung.

In Neu-Eichenberg wächst hingegen die Ungeduld und Empörung über die geplante Zerstörung von Landschaft, Boden und Klima. Die aktive Bürgerinitiative (BI) hat bereits Demonstrationen, Info-Veranstaltungen und regelmäßige Mahnwachen organisiert. Zu den Höhepunkten zählten eine Rote-Linie-Menschenkette, an der fast 1.000 Menschen und über 30 Trecker teilnahmen, sowie eine Kran-Aktion mit 15 Meter hohen Bannern zur Verdeutlichung der gigantischen Ausmaße des Logistikgebiets. Dennoch schienen Kommunalpolitiker*innen und Investor Dietz bisher wenig beeindruckt. Es brauchte offenbar mehr, um die Pläne ernsthaft in Frage zu stellen.

Anfang 2019 haben sich Menschen aus der Umgebung von Neu-Eichenberg entschlossen, den Kampf gegen die Bodenversiegelung auch zu ihrem Kampf zu machen. Mit dem Mut zu ungehorsamen Aktionsformen und Inspiration aus anderen Kämpfen, z.B. dem Hambacher Forst, wurde der Acker am 4. Mai besetzt. Strukturen wie Küche, Zirkuszelt und Kompostklos wurden errichtet. Überhaupt wird hier viel gebaut und ausprobiert. Jeder Mensch bringt andere Ideen und Fähigkeiten mit und so entwickelt sich auch die Besetzung.

Mit tatkräftiger Unterstützung aus dem Dorf wurden Tripods errichtet und Beete angelegt, in denen nun Kohlrabi, Salat und Fenchel wachsen. Weiter hinten stehen neu gepflanzte Apfelbäume, im Gewächshaus gedeihen Tomaten – zarte Anfänge lokaler Ernährungssouveränität in Selbstverwaltung. Der Wind wird stärker, alle ziehen die Reißverschlüsse ihrer Jacken hoch. »Wir sollten eine Hecke pflanzen«, meint ein Besetzer und überlegt bereits, wie sich Agroforst verwirklichen ließe. Langfristiges Denken – doch können solche Utopien hier Fuß fassen?

Schutz vor einer drohenden Räumung kann auch keine Hecke bieten. Diese Gefahr war besonders in den ersten zwei Wochen sehr präsent. Schließlich soll jede*r gut vorbereitet sein, falls eines morgens die Staatsmacht auf den Acker rollt. Wertvolle Bildungsarbeit für zivilen Ungehorsam, doch manchmal auch lähmend für kreative Prozesse an diesem schönen Ort.

Umso erleichternder war es, als die Besitzerin der Fläche, die Hessische Landesgesellschaft, am 20. Mai verkündete, dass die Besetzung geduldet bleibt. Ein Erfolg, der sicher auch den guten Netzwerken und der starken Unterstützung aus Neu-Eichenberg zu verdanken ist.

Die Besetzung ist schnell zu einem sozialen Treffpunkt geworden. Ein nicht-kommerzieller Freiraum für Begegnungen unterschiedlicher Menschen. Hier ist Platz für die spannenden Prozesse des notwendigen Systemwandels. Denn ein radikaler Systemwandel ist nötig, um die Ursachen des Klimawandels anzugehen. Die Ideologie von Wachstum, Kapital und Herrschaft steckt tief in uns und durchzieht alle gesellschaftlichen Strukturen. Diese produzieren ökologische und soziale Krisen, bedrohen unser aller Lebensgrundlage und zerstören schon heute die Existenzen von Menschen im globalen Süden. Ein Besetzer erklärt: »Für Klimagerechtigkeit zu kämpfen, bedeutet für mich, denjenigen zuzuhören, die am meisten von der Klimakrise betroffen sind und ihren Positionen hier vor Ort Gehör zu verschaffen. Eine Bäuerin aus der Küstenregion von Bangladesch würde niemals ein Projekt befürworten, dass die Klimakrise verschärft und den Meeresspiegel weiter ansteigen lässt. Doch sie hat keinen Einfluss auf die Entscheidungen hier im reichen Deutschland. Also will ich jeden Einfluss nutzen, um diese globale Ungerechtigkeit zu stoppen.«

Der Aufbau von Alternativen ist genauso Teil dieses Kampfes: »Wir wollen eine andere Art des Zusammenlebens«, meint eine Besetzerin. »Und die wird hier gerade auch so weit es geht gelebt. Wir kochen überwiegend vegan, treffen Entscheidungen im Konsens und achten aufeinander.« Der Kontakt zu den Dorfbewohner*innen ist gut, viele Spenden oder Infrastruktur wie Strom kommen aus Neu-Eichenberg. Auch immateriell tauscht man sich aus. Wenn der lokale Fußballclub spielt, stehen Besetzer*innen am Spielfeldrand und Menschen aus der lokalen Bürgerinitiative machen die Besetzung zu einem Teil des Dorfes.

Die Stimmung in der Gemeinde ist angespannt. Der Konflikt um das Logistikgebiet besteht bereits seit 17 Jahren. Heute gibt es sowohl Stimmen, die sich für das Logistikzentrum aussprechen, als auch immer mehr Menschen, die sich trauen, Kritik zu äußern. »Es gab nie einen offenen Prozess«, kritisiert eine Dorfbewohnerin und findet: »Wenn wir als Gemeinde uns ehrlich gefragt hätten: ›Was brauchen wir?‹ und es wäre dieses Logistikzentrum rausgekommen, wäre das ja schön. Aber so war es eben nicht.«

Wie treffen wir als Gesellschaft Entscheidungen? Wer bestimmt über Land und was damit geschieht? Wo sind die Orte, an denen wir über Konflikte ins Gespräch kommen können? Fragen, die nicht nur Neu-Eichenberg beschäftigen. Vielleicht helfen Besetzungen bei der Suche nach Antworten.

Aktuelle Infos und Unterstützungsmöglichkeiten unter:
www.ackerbleibt.org
https://twitter.com/unserAcker

»20 WOCHEN FÜR 20 BOMBEN« IN BÜCHEL

Kreativer Widerstand gegen Atomwaffen

Es gab mal wieder Aufregung für Polizei und Wachsoldaten auf dem Atomwaffen-Stützpunkt Büchel in der Eifel, offiziell natürlich »Fliegerhorst der Bundeswehr«. 17 friedensbewegte Menschen im Alter von 22 bis 76, aus verschiedenen Regionen Deutschlands, führten erfolgreich ihre geplante Aktion gewaltfreien zivilen Ungehorsams durch, um gegen die völkerrechtswidrige Stationierung der Atomwaffen dort zu demonstrieren und – zumindest zeitweise – den illegalen Übungsbetrieb der Bundeswehr zu unterbrechen. Dies war uns wichtig aufgrund der Zuspitzung der atomaren Bedrohung durch die Kündigung des INF-Vertrags.

WOLFGANG NICK, NÜRNBERG

Eigentlich waren es zwei Aktionen. Die eine Gruppe überwand ohne Sachbeschädigung den äußeren Zaun und ließ sich im Zwischenraum der Zäune auf mitgebrachten Decken nieder, um dort in schönster Morgensonne ein »atomwaffenfreies Picknick« zu genießen. Ihr Vergnügen konnte weder durch Zurufe von der militärischen Wachmannschaft auf der Innenseite des NATO-Zaunes gestört werden noch durch verbale Interventionen der Polizisten auf der Außenseite – kurz: ein antimilitaristisches Idyll! Natürlich waren auch Transparente an den Zäunen aufgehängt worden, um Passanten zu informieren.

Ein Novum bei dieser Aktion waren große Hinweistafeln: »Ziviler Sicherheitsbereich! Kein Atomwaffengebrauch – Betreten erwünscht – die Zivilgesellschaft.« Damit wollen wir die noch am Zaun befindlichen Schilder »Militärischer Sicherheitsbereich, Schusswaffengebrauch...« formal außer Kraft setzen und darauf hinweisen, dass aufgrund der Illegalität der Atomwaffen jetzt die Zivilgesellschaft die Kontrolle über den derzeit von der Bundeswehr genutzten Standort übernimmt.

Die zweite, deutlich größere Gruppe hatte sich das Ziel gesetzt, beide Zäune zu durchdringen, um den Innenraum des Militärstützpunkts betreten zu können. Laut Aussage der Bundeswehr gegenüber der Polizei wurde daraufhin der Flugbetrieb vorübergehend eingestellt, da sich Zivilisten auf dem Gelände aufhielten.

Im Nu hatte diese Gruppe eine große Öffnung in den äußeren Drahtgitterzaun geschnitten. Durch diese Klappe konnten alle problemlos in den Raum zwischen den beiden Zäunen gelangen. Und obwohl die Militärs frühzeitig vor Ort waren, konnten sie unserer Entschlossenheit nichts entgegensetzen, den zweiten Zaun mit mehreren NATO-Drahtrollen an vielen Stellen gleichzeitig durchzutrennen. Dann versammelten wir uns innen, breiteten unser Transparent aus und ließen uns von außen fotografieren. Inzwischen von Soldaten umringt, setzten wir uns nieder, sangen Lieder und riefen im Chor: »Es gibt kein Recht, die Erde zu zerstören! Es gibt kein Recht, Atombomben zu werfen!« Jetzt begann die Bundeswehr mit ohrenbetäubenden Starts der Tornado-Jäger, immer zwei Flugzeuge im Abstand von wenigen Sekunden!

Die Polizei war mit einigen Fahrzeugen außerhalb des Zauns angekommen. Wir wurden aufgefordert, das Gelände zu verlassen, und zwar durch den Zaun – wir weigerten uns. Sie verbreiterten die Löcher im Zaun mit Hilfe unserer Zangen, dann wurden wir, einer nach dem anderen, weggetragen und durch den Zaun befördert – draußen Personalienfeststellung, Durchsuchung und einige Beschlagnahmungen. Nun erwartet uns der juristische Weg aufgrund von Haus-»Friedens«-Bruch und Sachbeschädigung der Zäune.

▲ Aktivist*innen genießen ihr atomwaffenfreies Picknick hinter dem Zaun am Atomwaffenstandort Büchel in der Eifel.

Fotos: Büchel17

Mit der Aktion wollten wir im Rahmen der Kampagne »20 Wochen für 20 Bomben!« ein Zeichen gegen die Atomwaffen setzen. Wir hoffen auf vielfältige Nachahmung. Damit Büchel atomwaffenfrei wird, wie es auf den Schildern steht: Ziviler Sicherheitsbereich – kein Atomwaffengebrauch!

BÜCHERDORF WÜNSDORF

Rettet (gedruckte) Bücher!

Papier ist für uns heute ein billiger Alltagsartikel, der zum einfachen Verbrauch bestimmt ist. Selbst Bücher sind mittlerweile zu solchen Wegwerfprodukten geworden. Galt früher eine gut sortierte Bibliothek als Aushängeschild und Prestigeobjekt, werden heute Buchbestände häufig lediglich als Ballast wahrgenommen. Gelesene Bücher landen deshalb ebenso regelmäßig im Müll – bestenfalls im Papiermüll. Dabei gibt es Alternativen, z.B. Bücherboxen oder soziale Projekte. Alleine in Berlin gibt es offiziell mindestens 60 öffentliche Bücherschränke, bei denen man nicht mehr gebrauchte Bücher abgeben kann. Eine ganze besondere Form der Bücherrettung stellen Bücherdörfer und -städte dar.

MAURICE SCHUHMANN, BERLIN

Es handelt sich dabei um Dörfer oder Städte, die sich durch eine hohe Dichte an Antiquariaten auszeichnen bzw. bei denen auch die Gastronomiegewerbe und andere Wirtschaftszweige eng mit dem Buchhandel verbandelt sind. Als erste Bücherstadt der Welt gilt Hay-on-Wye in Wales, wo ein Container von alten Büchern aus New York den Grundstein für die Entwicklung legte. Hier wurde damit 1961 das Konzept geboren und das Dorf mit seinen knapp 2.000 Einwohner*innen kann stolz auf mittlerweile 40 Antiquariate verweisen. Zum Vergleich: Im Antiquariatsführer für Berlin sind derzeit knapp 70 Antiquariate aufgelistet – bei einer Einwohner*innenzahl von 3,58 Millionen. Auch in anderen europäischen Ländern, vor allem in Frankreich, aber auch in Japan, Malaysia und den USA setzt sich dieses Konzept langsam durch, obwohl das Internet eine große Konkurrenz darstellt.

▲ Auf dem Weg in das zweitälteste Bücherdorf Deutschlands: Wünsdorf. Foto: Yvonne Schwarz

Der Grundstock von Bücherdörfern und -städten ist häufig die Rettung von zur Vernichtung freigegebener Bücherbestände. Dies erfolgte z.B. im Rahmen der Wiedervereinigung massenhaft, wo sich die Bibliotheken sowie auch Privathaushalte von den Altbeständen aus DDR-Zeiten trennten – selbst größere Verlage vernichteten ganze Auflagen ihrer Titel. Ein Teil davon wurde von ausländischen Bibliotheken wie der Universitätsbibliothek der Université Paris VIII-Saint Denis (mehrere 10.000 Medien), von Einzelpersonen wie dem ehemaligen »Tatort«-Komissar Peter Sodann (60.000 Bände) und dem Gründer der Bücherburg, dem evangelischen Pfarrer Martin Weskott oder von späteren Bücherstädten gerettet.

Eine solche Bücherstadt ist Wünsdorf in Brandenburg – nahe Zossen. Sie ist eine von vier auf Wikipedia für Deutschland aufgelisteten Bücherstädten Deutschlands (Langenberg, Mühlbeck, Müllenbach, Wünsdorf) und verfügt über vier gut sortierte Antiquariate mit ca. 150.000 Büchern. Die Auswahl ist riesig und Genre-übergreifend von Klassikern der Literatur, über Militaria bis hin zu ganzen Jahrgängen der Monatszeitschrift vom Wandervogel – meist zu Preisen, die erschwinglich und unter dem von der Konkurrenz im Internet sind. Es stellt damit den wichtigsten Erwerbszweig in jener Kleinstadt dar. Daneben gibt es militärische Anlagen (Bunker) und Museen (Garnisonsmuseum, Radsportmuseum, Roter Stern, Museum des Teltow) zu besichtigen.

Seit 1998 ist Wünsdorf offiziell Bücherstadt und damit in Deutschland die zweitälteste Bücherstadt – nur Mühlbeck ist lediglich ein Jahr länger als Wünsdorf offiziell Bücherstadt. Eine schöne Entwicklung für eine Stadt, deren Geschichte eng mit dem Militär verbunden war. Das Städtchen mit seinen 6.000 Einwohner*innen hat es geschafft, aus dem Status einer (militärischen) Geisterstadt, ein Ausflugsziel für Literaturfreund*innen und Geschichtsinteressierte zu entwickeln. Jahrzehntelang war die Stadt eine militärische Sperrzone, die von der sowjetischen Armee genutzt wurde, nachdem hier schon das deutsche Militär einen Grundstock dafür gelegt hatte. Wie jede gute brandenburgische Stadt verfügt Wünsdorf aber natürlich auch über eine Hommage an den Literaten Theodor Fontane – nämlich das Fontane-Kabinett im Gutenberghaus. Aus diesem Grund lohnt sich der eine oder andere Tagesausflug in diese Stadt, sowohl zur Besichtigung als auch zum Bücherkauf.

Zur Anreise nach Wünsdorf eignet sich am besten der RE 5 oder der RE 7 bis zum Bahnhof Zossen. Von hier aus geht es zu Rad, per Bus oder zu Fuß weiter in die Bücherstadt.

Website von Wünsdorf mit Öffnungszeiten der Museen und gastronomischen Einrichtungen: http://www.buecherstadt.com
Website der Bücherburg: http://www.buecherburg.de
Liste von Bücherboxen in Deutschland: https://utopia.de/booksharing-karte-zeigt-oeffentliche-buecherschraenke-8942/

ANZEIGE

Ausgabe 3 | 2019

ARME KOMMUNE, REICHE KOMMUNE

Die Kluft zwischen den Kommunen wird immer größer. Trotz niedriger Zinsen wachsen die Schulden vielerorts. Was sind die Ursachen? Was nützen Entschuldungskonzepte? Welchen Einfluss haben Investoren auf Hebesätze? Und wie läuft die Doppik-Umsetzung und die Debatte um die Straßenausbaubeiträge?

Weitere Themen:
- Kindeswohl – Prävention als Balanceakt
- Gebührenfreie Kindertagesstätten
- Plastikfreie Stadt
- 13b – Bauen im Außenbereich
- Kommunale Lärmschutzpläne

Einzelpreis der AKP: 11 Euro plus 1,30 Euro Versand | Abopreis (6 Ausgaben): 60 Euro

AKP – Alternative Kommunalpolitik
Luisenstraße 40 | 33602 Bielefeld
Ruf 0521.177517 | Fax 0521.177568
www.akp-redaktion.de

»KINDER DES SISYFOS« IN NEUER, AKTUALISIERTER EDITION

Epochenstück in Begleitung

Als Erasmus Schöfer im Jahre 2008 seine Roman-Tetralogie »Die Kinder des Sisyfos« vollendete, hatte er ein Werk geschaffen, das die Lesenden mitten in die Umwelt-, Kultur- und Klassenkämpfe der alten Bundesrepublik hineinzieht. Konsequent nimmt der Schriftsteller die Sicht der damals Handelnden ein und erzählt ein Stück Zeitgeschichte der jüngeren europäischen Vergangenheit, das vielen aktuell politisch Aktiven sicherlich unbekannt ist. Dabei enthält das Werk Erfahrungen und Erkenntnisse, die auch für aktuelles Eingreifen nutzbar gemacht werden können, zudem anschaulich und packend erzählt. Eine neue Edition im Paperback-Format ist jetzt, ergänzt mit einem umfangreichen erläuternden Begleitband, erschienen.

MARIANNE WALZ, GERNSHEIM (HESSEN)

»Die Kinder des Sisyfos«, das sind Viktor Bliss, ein marxistisch geprägter Historiker und seine Frau Lena, die sich der engagierten Bühnenkunst verschrieben hat, außerdem der Gewerkschafter Manfred Anklam, der sozialkritisch engagierte Journalist Armin Kolenda und viele andere, darunter reale Personen aus der bundesdeutschen Zeitgeschichte. Ihre Wege kreuzen sich, ihre Spuren zeichnen auf- und absteigende Linien, und sie zeigen mehr gebrochene als kontinuierliche Verläufe. Revolutionshoffnungen und Fortschrittsglaube bleiben ebenso unerfüllt wie manche persönliche Glücksvision.

Zuletzt, im Roman datiert auf die Silvesternacht 1989/90, sind sowohl die alte Industriegesellschaft als auch das sowjetische Imperium untergegangen – samt den rot beflaggten Illusionen und trügerischen Gewissheiten. Geschichte, sie bleibt ein offenes Projekt. Angesichts solcher Wahrheit entlässt der Autor »Die Kinder des Sisyfos«. Und auch die Leserinnen und Leser mögen sich zu Tal mit diesem Brocken beschwert sehen, nachdem sie über 2.000 Druckseiten lang gemeinsam mit den Romanfiguren die Jahre 1968 bis 1990 durchschritten haben.

Waren es Fort-Schritte? Sisyfos' Kinder der Gegenwart sehen sich immer noch und stets zum Antworten aufgefordert, zum Widerstehen herausgefordert, zum Handeln gefordert – überfordert? In der titelgebenden griechischen Sagenwelt rollt ja der schwere Stein, den Sisyfos bergauf wälzt, immer wieder abwärts.

Dreißig Jahre nach 1989 sind Kinder zu Müttern und Vätern, Eltern zu Großeltern, Schülerinnen und Schüler mündig oder selbst zu Lehrenden geworden. Autor Erasmus Schöfer hat seine Mittachtziger erreicht. Wie umgehen mit den Erfahrungen der Engagierten von damals – »leitmedial« gerne spöttisch bis abwertend als »Alt-Achtundsechziger« apostrophiert?

Nach wie vor mit Gewinn und Genuss zu lesen, urteilen namhafte Rezensent*innen. Sie bescheinigen Schöfers »Epochenstück« eine literarisch einzigartige Qualität. Gleichwohl hat sich dessen wirkmächtige Kraft bislang nur leise und unvollständig entfalten können. Dieses epochale epische Werk benötigt ein Update, meinen die Mitglieder, Unterstützerinnen und Förderer der »Kinder des Sisyfos«. Sie initiierten die neue Edition. Die fünfbändige Taschenbuch-Ausgabe kostet nur 24,90 Euro. Teil Fünf ist ein ausführliches Glossar, verfasst vom Roman-Autor zusammen mit dem Literaturwissenschaftler Jens Jürgen Korff. Dieser Begleitband übernimmt die Funktion des Hinweisgebers für jüngere, neugierige Leserinnen und Leser des Romans.

Die Geschehnisse an den historischen Schauplätzen, ob im badischen Wyhl, an den Münchener Kammerspielen oder der Frankfurter Startbahn West samt ihren mitagierenden realen Personen der Zeitgeschichte können so auch den Enkelinnen und Enkeln des Sysifos besser zugänglich werden. Der erschwingliche Preis sollte ein weiteres gutes Argument zum Erwerben, Lesen, Verschenken sein. Übrigens vertreibt Dittrich neben der gedruckten Tetra- und der Pentalogie auch das vollständige, vom Autor gelesene Hörbuch.

Erasmus Schöfer: Die Kinder des Sisyfos. Gesamtausgabe mit Begleitband. Dittrich Verlag, Velbrück 2018, Paperback 2310 Seiten, 24,90 Euro.

WIEDERKEHR DER WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE?

In Zeiten von Postdemokratie und Dominanz eines neoliberalen Kapitalismus erscheint es sinnvoll, über Alternativen zu diskutieren und damit nicht nur über eine Öffnung der Demokratie zugunsten der Zivilgesellschaft, sondern gerade mit der Wirtschaftsdemokratie einen Bereich ins Visier zu nehmen, der bisher von demokratischer Praxis weitgehend ausgespart wurde.

Der von Alex Demirovic herausgegebene Band »Wirtschaftsdemokratie neu denken« geht auf eine Tagung der Rosa Luxemburg Stiftung zurück. Entstanden ist ein Band mit vielen unterschiedlichen Zugängen auf das Thema. Darin liegt schon ein Verdienst, denn Ökonomen, Juristinnen, Sozialwissenschaftler, Gewerkschafterinnen und Politiker bringen ihre Sichtweisen ein. Daneben stehen sektorale Analysen zum Dienstleistungssektor und zum Gesundheitssystem in Deutschland. Auch werden internationale Entwicklungen aufgegriffen, etwa die Auseinandersetzung mit dem Erbe der Selbstverwaltung im ehemaligen Jugoslawien oder mit den Erfahrungen von Belegschaftsbetrieben unter Arbeiterkontrolle in Südamerika.

Die Ergebnisse stimmen nicht immer optimistisch, wenn z.B. der Jurist Andreas Fisahn feststellt: »Wirtschaftsdemokratie ist mit den geltenden EU-Verträgen nicht vereinbar.« (60) In anderen Beiträgen werden relativ konkrete Veränderungsschritte formuliert, etwa im Beitrag von Bernd Riexinger und Lia Becker. Sie sehen den Aufbau regionaler und gemeinwohlorientierte Pflege- und Gesundheitsdienstleistungen, den Aufbau eines starken Non-Profit Sektors in der Wohnungswirtschaft und Belegschaftsübernahmen mit genossenschaftlichem und demokratisiertem öffentlichen Eigentum als Einstiegsprojekte zu einer sozial-ökologischen Wirtschaftsdemokratie (136ff).

Unbeantwortet bleibt in vielen Beiträgen die grundsätzliche Frage: Ist in der Konsequenz Sozialismus gemeint, wenn von der Transformation des Kapitalismus geredet wird? Geht es bei Wirtschaftsdemokratie auch um Elemente der gescholtenen Planwirtschaft, wenn regionale oder branchenbezogene Strukturpolitik im Sinne einer wirtschaftlichen Steuerung umgesetzt werden soll (Bierbaum, S. 18)? Auch Genossenschaften schimmern bei einigen AutorInnen immer mal wieder als demokratische Alternative auf, bleiben aber analytisch unterbelichtet – und dies obwohl neuere Studien Auskunft geben, wo die Partizipationspotentiale (Hartz u.a. 2019) und die Demokratisierungsgrenzen in Genossenschaften (Klemisch/ Boddenberg 2019) liegen.

Insgesamt bietet der Band eine längst überfällige Auseinandersetzung mit der Forderung nach Wirtschaftsdemokratie. Insofern ist zu wünschen, dass eine Leserschaft über den engen Kreis der ExpertInnen hinaus erreicht wird.

Herbert Klemisch

Alex Demirovic (Hrsg.): Wirtschaftsdemokratie neu denken, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2019, 341 Seiten, 35 Euro. Online zugänglich unter: www.rosalux.de

BAUPLAN FÜR DAS GUTE LEBEN

Ein Sattelschlepper fährt auf der Autobahn mit hoher Geschwindigkeit – und gerät ins Schwanken. Aber anstatt abzubremsen, wird er immer schneller. Die FahrerInnen sind wir, und der Sattelschlepper ist unser blinder Glaube an Wachstum und technischen Fortschritt, ins Schwanken gebracht von Klimawandel und globalen Konflikten. Damit wir diese Fahrt überleben, braucht es wirksame Lösungen – und zwar schnell.

Wie das gelingen kann, skizziert der gut hundert Seiten starke Band des AutorInnenkollektivs »I.L.A.«. Ihr Ziel ist »Das Gute Leben für alle«, wobei damit weltweit alle Lebewesen und auch kommende Generationen eingeschlossen sind. Das klingt utopisch, ist aber sehr realistisch gemeint.

Um im Bild zu bleiben: Die rasante Fahrt ist das Ergebnis einer Lebensweise, die die AutorInnen als »imperial« bezeichnen, weil sie auf Kosten der natürlichen Umwelt und der Mehrheit der Menschen geht. So werden durch Rebound-Effekte immer mehr Ressourcen verbraucht, obwohl das ökologische Bewusstsein und die technische Effizienz zunehmen. Die »imperiale Lebensweise« beschrieb das Kollektiv in einer Publikation bereits 2017 (vgl. die Rezension in CONTRASTE 398).

Die Einführung enthält wenig Neues und bleibt eher allgemein. Spannend wird es ab dem zweiten Viertel, wo die Utopie eines nachhaltigen und guten Lebens an Beispielen aus den Bereichen Sorge, Landwirtschaft, Mobilität und Wohnen, Konsum und Energie sowie Institutionen konkret wird. Dieser Teil ist eine Bestandsaufnahme ökologisch und sozial tragfähiger Initiativen wie beispielsweise Ernährungsräten, Bürgerzentren für die Belebung des ländlichen Raums, dem Mietshäusersyndikat, dem Konzept der Wirtschaftsdemokratie, dem bedingungslosen Grundeinkommen und einem Weltparlament mit regionalem Rätesystem.

Der letzte Teil fragt, wie die Zukunftsprojekte die Gesellschaft insgesamt transformieren können. Zentral dafür sei eine neue Art von Geschichten: Panik und Alternativlosigkeit sowie die Erzählstrategien der Werbung sollen abgelöst werden durch eine Erzählung vom gelingenden Guten Leben. Die Transformation wird nicht ohne Kämpfe stattfinden, bei denen jede/r in seinem Lebensumfeld »Frontlinien« hat: Bereiche, an denen die imperiale Struktur das eigene Leben einschränkt. Hier liegen die konkreten Baustellen der Veränderung.

Im etwas unhandlichen A4-Format punktet das Buch mit seinem Fundus an spannenden Informationen, weitsichtigen Analysen und den brillanten Illustrationen von Sarah Heuzeroth. Vor allem im letzten Teil entfaltet es sein großes visionäres Potential. Etwas schade, dass er dort nicht zügiger hinkommt und dass die manchmal sperrige Sprache mit inflationären Querverweisen vor allem ein linksökologisch orientiertes, wissenschaftlich gebildetes Publikum anspricht. Dabei braucht dieses Buch eine große Leserschaft!

Friederike Grabitz

I.L.A. Kollektiv (Hrsg.): Das gute Leben für alle. Wege in die solidarische Lebensweise; oekom Verlag, München 2019, 124 Seiten, 20 Euro.

FREIHEIT UND ORDNUNG

Der Autor will mit diesem Buch das Konzept der offenen Gesellschaft von Karl Popper für die Auseinandersetzung mit den drängenden Problemen des 21. Jahrhunderts nutzbar machen. Da wir es heute mit komplexen Problemlagen zu tun hätten und nur mit unvollkommenem Wissen ausgestattet seien, seien offene gesellschaftliche Verhältnisse ein geeigneter Rahmen um zukunftsfähige Lösungen zu entwickeln.

Eine offene Gesellschaft wird nicht als Governancemodell oder ausgearbeitete Utopie vorgestellt, sondern gibt vielmehr einen Rahmen vor für verschiedene Gesellschaftsmodelle, die sich darin entwickeln können. Eine dieser Rahmenbedingungen seien Grenzen: nach unten in Form eines gesicherten sozialen Mindeststandards für alle, nach oben die planetarischen Grenzen, horizontal die Abgrenzung gegenüber jenen Menschen, die eine geschlossene Gesellschaft wollen. Innerhalb dieser Grenzen brauche es Regeln und Institutionen, die fehlerfreundlich und revisionsoffen sind. Welche Formen der Demokratie – partizipativ, repräsentativ, plebiszitär – in welchem Ausmaß zum Tragen kommen, welche Formen des Wirtschaftens wofür eingesetzt werden, das kann unter diesen Rahmenbedingungen von den Bürger*innen sehr unterschiedlich, regional und kulturell angepasst, entschieden und auch wieder verändert werden.

Die »bürgerlichen Tugenden«, die es dafür brauche, sind überraschend: neben »reziproker Toleranz« geht es etwa um die Bereitschaft zu kritisieren und sich kritisieren zu lassen, sowie die Bereitschaft zu Protest und Widerstand. Ebenfalls unerwartet: Konkurrenz als Wettstreit unterschiedlicher Sichtweisen und Weltbilder sei zwar für die Demokratie essentiell, in der Wirtschaft sei aber eher Kooperation angebracht. Offenheit vertrage sich nicht mit Wachstumszwang und mit Großtechnologien deren Wirkungen wir nicht abschätzen können.

Am schwächsten ist das Buch dort, wo es um den Übergang zu einer solchen offenen Gesellschaft geht. Die Änderung, so der Autor, müsse im Bewusstsein beginnen, erst dann könnten sich Institutionen und Technologien ändern. Dieses neue Bewusstsein, das mit vielen schönen Worten ausgemalt wird, soll durch einen evolutionären Prozess in die Welt kommen – was aber, wenn die Evolution die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllt?

Tatsächlich scheint es nicht unmöglich, dass viele Menschen, die sich Sorgen über die Zukunft machen, sich auf solche minimalen Rahmenbedingungen einigen könnten, um dem Rechtspopulismus etwas entgegenzusetzen und innerhalb dieses Rahmens Fragen neu stellen zu können. Dass man mit dem Verfasser nicht in allen Punkten einer Meinung sein muss, versteht sich von selbst, schließlich sind Kritik und der konstruktive Wettstreit um Ideen essentiell für die offene Gesellschaft.

Brigitte Kratzwald

Stefan Brunnhuber: Die offene Gesellschaft. Ein Plädoyer für Freiheit und Ordnung im 21. Jahrhundert; oekom Verlag, München 2019, 176 Seiten, 20 Euro.

FATALER KULT UMS ELEKTROAUTO

Es gibt wohl derzeit kaum eine Mobilitätsdiskussion, die nicht irgendwann beim Elektroauto landet. Selbst grünen-nahe wissenschaftliche Institute argumentieren, dass einige Vorteile von Elektroautos maßgeblich zu einem umweltfreundlicheren Umbau der »fossilen« Autoindustrie beitragen sollen – hin zu einer solchen, die auf E-Mobilität setzt.

Höchste Zeit also, mit einem fundierten verkehrspolitischen Beitrag darzulegen, dass das »Elektroauto in die Sackgasse« führt, und wie stattdessen eine umfassende, dringend erforderliche Verkehrswende gestaltet werden müsste. Der Publizist und Verkehrsexperte Dr. Winfried Wolf will mit seinem neuen Buch aufzeigen, warum die E-Mobilität den Klimawandel beschleunigt und dass sie nur eine neue Variante der zerstörerischen individuellen Automobilität ist. Detailliert belegt er, dass es den weltweit dominierenden zwölf Autokonzernen und ihrer Lobby noch nach jeder Branchenkrise gelungen sei, mit einer inneren Scheinreform zu antworten und damit eine neue Runde im weltweiten Auto-Boom auszulösen.

In insgesamt neun Kapiteln führt der Autor drei unterschiedliche Gründe an, warum Elektromobilität in die umwelt- und verkehrspolitische Sackgasse führe: Erstens emittiere unter den derzeitigen Bedingungen ein Elektro-Pkw im Lebenszyklus nur maximal 25 Prozent weniger CO_2 als ein Benzin- oder Diesel-Pkw. Die gesamte CO_2-Belastung steige jedoch, weil weltweit die Verkaufszahlen von Autos mit herkömmlichem Antrieb nach wie vor steigen. Zweitens seien Elektroautos meist Zweitwagen, die drei- bis viermal mehr Fläche beanspruchen als der öffentliche Verkehr. Und drittens verlangsame die zusätzlich benötigte Menge an Elektrizität den dringend benötigten Ausstieg aus der Kohleverstromung oder löse beispielsweise in China einen neuen Bauboom von AKWs aus.

Im zehnten und letzten Kapitel skizziert der Autor insgesamt zwölf Elemente einer grundsätzlichen Verkehrswende, die den Menschen ins Zentrum rückt und nicht die Technik. Eine Wende, die gegen die Interessen der Autoindustrie und ihrer politischen Lobby durchgesetzt werden müsse. Er plädiert eindringlich für dezentrale Strukturen, für die »Wiederentdeckung der Nähe« und für eine umfassende Förderung des nichtmotorisierten Verkehrs – also des Zu-Fuß-Gehens und des Radfahrens. Als profunder Bahnkenner und langjähriger Stuttgart21-Gegner fordert Wolf zudem den verkehrspolitisch und auch klimapolitisch sinnvollen Ausbau des öffentlichen Verkehrs mit umfassendem Nulltarif.

Der Autor hat mit diesem aktuellen und faktenreichen Debattenbeitrag einen ausführlichen Argumentationskatalog vorgelegt, der im Streit für einen überzeugenden Umstieg in eine nachhaltige Verkehrswende unentbehrlich ist.

Peter Streiff

Winfried Wolf: Mit dem Elektroauto in die Sackgasse – warum E-Mobilität den Klimawandel beschleunigt; Promedia Verlag, Wien 2019, 216 Seiten, 17,90 Euro.

DEN PROTEST REGIEREN?

Die 1970er und 1980er waren in der Bundesrepublik Jahre des Protests, auf der Straße, in Hörsälen und vor Gerichten. Sie werden nun zusehends zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft. Die Vorstellung, es habe nur zwei, und zwar monolithische Seiten gegeben, wird dabei einer kritischen Würdigung unterzogen. Es gab eben nicht nur Repressionen verschiedener Art, sondern auch Dialog und Integrationsangebote auf unterschiedlichen Ebenen, es gab – auch – Sympathien im Staatsapparat für die Anliegen der vielfältigen sozialen Bewegungen.

Die neueste Publikation in diesem akademischen Mini-Modetrend stellt in ihren acht Beiträgen und einem ausführlichen Vorwort zum einen Protestbewegungen und ihre Themen und Aktionsformen vor. Hier stehen Jugendzentren (David Templin), antirassistische Initiativen, linke Buchläden (Uwe Sonnenberg), Berufsverbote und die Friedens- und Anti-AKW-Bewegung im Mittelpunkt. Der andere Strang sind der Umgang mit und die Reaktion »des Staates« auf den Protest. Hier geht es z.B. um die Rolle, die von den verschiedenen AkteurInnen wissenschaftlicher und planerischer Expertise zugeschrieben wurde, nutzen doch auch die Protestbewegungen akademisches Wissen oder gründeten selbst Institute, die Gegenwissen produzierten. Ein Beitrag untersucht aber z.B. auch die Entwicklung der Polizei zwischen Militarisierung und Reformansätzen. Bei Konflikten auf lokaler Ebene, etwa bei Jugendzentren oder in der Jugendhilfe waren die Protestierenden sofort und unmittelbar mit der kommunalen Verwaltung konfrontiert. Bei größeren Konflikten konnten hingegen oft die – auch parteipolitischen – Differenzen zwischen Landesregierungen und dem Bund genutzt werden.

Der lesens- und preiswerte Band eröffnet eine bislang unterbelichtete Perspektive und erweitert das Wissen um jene Periode – und ihre Kämpfe.

Bernd Hüttner

Alexandra Jaeger/Julia Kleinschmidt/David Templin (Hrsg.): Den Protest regieren. Staatliches Handeln, neue soziale Bewegungen und linke Organisationen in den 1970er und 1980er Jahren; Klartext Verlag, Essen 2018, 270 Seiten, 24,95 Euro.

ANZEIGEN

TERMINE UND KLEINANZEIGEN

TERMINE

LESUNG

»Die radikale Linke im roten Jahrzehnt«
6. Juni & 11. Juli
(Frankfurt am Main)

Wie lässt sich Geschichte schreiben, ohne die Widersprüche zu glätten, ohne von heutiger Warte vorschnell zu bewerten und ohne die uneingelösten Versprechen von Emanzipation und Befreiung zu verleugnen? Ein autobiografischer Bericht und eine Argumentations- und Handlungsanalyse erkunden die Vielfältigkeit des »roten Jahrzehnts«.

Ort: Karl Marx Buchhandlung,
Jordanstr. 11,
60486 Frankfurt am Main
Info:
https://karl-marx-buchhandlung.de

VERNETZUNG

Markt der regionalen Möglichkeiten
31. August (Kyritz)

Der diesjährige Markt der regionalen Möglichkeiten steht unter dem Motto »Vielfalt gestalten«. Es präsentieren sich zukunftsweisende Initiativen, solidarische Projekte und ökologisch nachhaltige Unternehmen sowie Kunsthandwerk und Kultur. Der Markt dient der Vernetzung der Region und ist darüber hinaus auch eine Plattform für den Austausch und die Öffentlichkeitsarbeit von Akteur*innen, die sich für enkeltauglichen Lebensweisen im ländlichen Raum engagieren.

Ort: Marktplatz,
16866 Kyritz
Info:
http://markt-der-regionalen-moeglichkeiten.de/

Feminist Futures Festival
12. - 15. September (Essen)

Feministische Kämpfe waren in den letzten Jahren die kraftvollsten Bewegungen, die für weitreichende gesellschaftliche Veränderungen und eine bessere Zukunft für alle eingetreten sind.
Die Proteste haben Beschränkungen eines liberalen Feminismus überschritten, indem sie eine grundlegende Kritik an kapitalistischen Verhältnissen üben. Sie haben es gleichzeitig geschafft, damit Hunderttausende anzusprechen, die bisher nicht links aktiv waren. Das Feminist Futures Festival bietet einen Ort für gemeinsame Debatten und gegenseitiges voneinander Lernen. Auch unterschiedliche Formen künstlerischer und kultureller Beiträge werden zentraler Bestandteil des Programms sein. Die Idee hinter dem Festival ist es, einen feministischen Raum zu schaffen, in dem sich möglichst viele verschiedene Menschen jenseits des alltäglichen Stresses austauschen und kennenlernen, sowie (internationale) Netzwerke aufbauen und festigen können. Das Festival ist offen für alle Interessierten. Es wird am Samstag aber auch einen räumlich getrennten Bereich für Frauen, Lesben, Trans, Inter und Queer geben.

Ort: Zeche Zollverein,
Gelsenkirchenerstr. 181,
45309 Essen
Info:
http://www.feministfutures.de/

KONFERENZ

Weitermachen!
22. Juni, ab 10 Uhr (Hannover)

Anlässlich des 40. Todestages von Herbert Marcuse findet die »Weitermachen!« Konferenz in Hannover statt. Die Konferenz gliedert sich in folgende Themen: Feindanalysen / Philosophie & Psychoanalyse / Ökologie, Technologie & Gesellschaftskritik / Ästhetik & Befreiung / 1968 & Folgen.

Ort: Ada & Theodor Lessing Volkshochschule,
Burgstraße 14,
30159 Hannover
Info:
https://weitermachen.noblogs.org

WIRTSCHAFTSKRITIK

Thematische Schreibklausuren
26. - 29. Juni (Reckenthin)
11. - 14. September

Um kritisches Denken und Schreiben über ökonomische Fragen zu fördern, organisiert die Akademie für Suffizienz thematische Schreibklausuren und lädt an einen Ort, wo herrschende Wirtschaftsorganisation hinterfragt wird und alltagstaugliche Antworten gesucht werden. Sie ist dafür ausgestattet, Alternativen in Produktion, Verteilung und Versorgung zu erleben und zu probieren. Dabei stützt sie sich auf regionalen Austausch und auf Suffizienz als Leitbild für die materielle Bewirtschaftung.

Ort: Akademie für Suffizienz,
Groß Pankower Weg 7,
16928 Reckenthin
Info:
www.akademie-suffizienz.de

GEMEINSCHAFT

Info- und Kennlern-Nachmittag
6. Juli, 15-18.30 Uhr (Kaufungen)

Die Kommune Lossehof lädt alle Interessierten zu einem Infonachmittag ein. Inhalt wird eine Tour durch die Wohnorte und zu den Kommune-Betrieben sein. Fragen zum Gemeinschaftsleben und deren Strukturen sowie den gemeinsamen Werten wollen beantwortet werden. Es wird auch das Einstiegsprozedere sowie eine FLTI*-Quote Thema sein. Tee, Kaffee und Kuchen gibt es auch. Für alle, die von weiter weg anreisen, ist eine Übernachtung im Zelt oder im Caravan möglich. Bitte teilt vorab mit, wenn ihr dies wünscht. Der Lossehof freut sich auf euch!

Ort: Leipziger Str. 518,
34260 Kaufungen
Anmeldung bis 20. Juni:
infonachmittag@lossehof.de

TAGUNG

Spaltungen überwinden!
20. - 22. September (Loccum)

»Partizipation und demokratische Innovationen schaffen neue Perspektiven« – Die Tagung fragt danach, wie demokratische und partizipative Neuerungen aussehen können: Welchen Beitrag können (neue) Demokratie-Initiativen leisten, um unsere Gesellschaft wieder zusammenzubringen? Wie können gesellschaftliche Proteste in einen konstruktiven Austausch zwischen Politik, Einwohner*innen und Verwaltung münden? Wie kann ein gutes Miteinander in unserer vielfältigen Gesellschaft gemeinsam gestaltet werden? Wie kann es gelingen, den Austausch in den sozialen Medien auf eine konstruktive Ebene zu bringen?

Ort: Evangelische Akademie,
Münchehäger Str. 6,
31547 Rehburg-Loccum
Info:
https://www.mitarbeit.de/forum2019

KLEINANZEIGEN

ANARCHISMUS & SELBSTVERWALTUNG

Unser Autor Maurice Schuhmann hat mittlerweile eine eigene Autorenseite bei Facebook. Hier finden sich Infos zu aktuellen Veröffentlichungen und Vorträgen sowie Links zu öffentlich zugänglichen Texte von ihm. Seine Schwerpunkte sind Anarchismus, (Früh-) Sozialismus, Selbstverwaltung und (Neue) Soziale Bewegungen.
Link: https://www.facebook.com/Dr-Maurice-Schuhmann-2345876292357834/

POLITISCHE KOMMUNEN & SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

Die Contraste-Redakteurin und Aktivistin Regine Beyß bietet Workshops & Vorträge zu folgenden Themen an: Leben in einer politischen Kommune, Konsens als herrschaftsfreie Entscheidungsfindung, Kapitalismuskritik in der Praxis (SoLawi, GemÖk, Kollektive), Solidarischer Handel am Bsp. von zapatistischem Kaffee, Einführung in den Anarchismus.
Kontakt und Info:
https://dasmaedchenimpark.org

GÖTTINGER MEDIENBÜRO

erstellt Druckvorlagen für Broschüren, Kataloge, Flyer, CD-Co-ver und Plakate, übernimmt Archiv-Recherchen, liefert Fotos, formuliert und redigiert Beiträge und Texte.
Anfragen an: contact@artinweb.de, www.artinweb.de

ESDESIGN

Brauchst du ein Design für deine eigenen Logos, Broschüren, Zeitungen oder Bücher?
Unsere Contraste-Layouterin hilft dir dabei!
Mehr Infos unter:
eva@evasempere.com

Kleinanzeigen

Wir bieten Initiativen und Projekten hier Platz für ihre Gesuche und Angebote. Die Kleinanzeigen sind kostenlos. Wir freuen uns über eine Spende! Die Redaktion behält sich eine Auswahl der gesendeten Kleinanzeigen vor. Bitte schickt eure Anzeigentexte an: koordination@contraste.org

IMPRESSUM

Monatszeitung für Selbstorganisation
Erscheint 11 mal im Jahr ISSN 0178-5737

HERAUSGEBER
Contraste, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.

Schönfelderstr. 41A
34121 Kassel

Anfragen: info@contraste.org
Verein: vorstand@contraste.org
Redaktion: redaktion@contraste.org

www.contraste.org

CONTRASTE wird von etwa 20 Redakteur*innen erstellt. Sie schreiben aus Überzeugung und ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional-und Fachredaktionen zusammen. Aboverwaltung und Vertriebsvorbereitung und Rechnungsstellung erfolgt über das Contraste-Büro in Kassel.

V.I.S.D.P.: Regine Beyß
Es gilt die Anzeigenpreisliste 2018.

REDAKTIONEN

BERLIN:
Ulrike Kumpe
✉ ulrike.kumpe@contraste.org
BREMEN:
Bernd Hüttner (Rezensionen)
✉ bernd.huettner@contraste.org
ELBSANDSTEINGEBIRGE:
Johannes Dietrich
✉ johannes.dietrich@contraste.org
FREIBURG:
Burghard Flieger (Genossenschaften)
☎ (07 61) 70 90 23
✉ genossenschaften@t-online.de
GÖTTINGEN:
Kai Böhne (Anzeigen)
✉ kai.boehne@contraste.org
HAMBURG:
Hilmar Kunath
☎ (0 40) 39 90 41 96
✉ hh.kunath@web.de
KASSEL:
Regine Beyß
✉ regine.beyss@contraste.org
KÖLN/BONN:
Heinz Weinhausen
☎ (01 70) 58 38 900
✉ heinz.weinhausen@contraste.org
Ariane Dettloff
☎ (02 21) 31 57 83
✉ ariane.dettloff@contraste.org
SPROCKHÖVEL:
Uli Frank
✉ ulifrank@unverdient.de
STUTTGART:
Peter Streiff
☎ (0 71 44) 33 22 56
✉ peter.streiff@netz-bund.de
ÖSTERREICH:
GRAZ:
Brigitte Kratzwald
☎ 0043-699 11 28 65 57
✉ brigitte.kratzwald@commons.at
KLAGENFURT:
Hans Wieser (Termine)
✉ hans.wieser@contraste.org /

HERSTELLUNG

ANZEIGEN
Kai Böhne
✉ anzeigen@contraste.org

ABOVERWALTUNG
Eva Schmitt
✉ abos@contraste.org

BILDREDAKTION
Regine Beyß und Eva Sempere

LAYOUT
Eva Sempere
✉ layout@contraste.org

TERMINE
Hans Wieser
✉ termine@contraste.org

IT-BETREUUNG
Vadim und Steffen, netz.koop eG
https://netz.coop
✉ webmaster@contraste.org

DRUCK
Freiburger Druck GmbH und Co KG

facebook:
Facebook: www.facebook.com/contrastemonatszeitung
Twitter: @conraste_org
Mailingliste: http://lists.contraste.org/sympa/info/contraste-liste

ANZEIGEN

express
ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

Niddastr. 64 VH · 60329 FRANKFURT
express-afp@online.de
www.express-afp.info
Tel. (069) 67 99 84

Ausgabe 5/19 u.a.:
- Slave Cubela: »Reich und asozial« – Umrisse eines drohenden Zeitalters
- Marianne Garneau: »Der Frauen*streik, neu überdacht« – Über einen »Feminismus der 99 Prozent« ohne Machtbasis
- Willi Hajek im Gespräch mit Peter Birke: »Gelbwesten – eine Zwischenbilanz« – Der Stand der Bewegung
- Faire Mobilität: »Kettenhunde im Mobility Package« – Große Aufgaben für Gewerkschaften im Speditionsgewerbe
- Niko Huke, Doreen Bormann: »Ich bin nur ein Geflüchteter, das passt schon so« – Systematische Verstöße gegen das Arbeitsrecht
- Adeline de Lepinay: »Klinkenputzen fürs Kollektiv« – Interview über die Anfänge des Community Organizing in Frankreich

Probelesen?! Kostenfreies Exemplar per mail oder Telefon bestellen

DER RABE RALF
Die Berliner Umweltzeitung
GRÜNE LIGA Netzwerk Ökologischer Bewegungen
Kostenlos an vielen Berliner Auslageorten wie Bibliotheken, Bio-, Natur- und Umweltläden oder für jährlich 25 € per Abo ins Haus
Kostenlose Probenummer:
DER RABE RALF, Prenzlauer Allee 8, 10405 Berlin
Unkonventionelles und Hintergründiges aus der vielfältigen Umweltszene, Tipps, Termine & Adressen

Informativ, knapp und klar:
Ossietzky
Die Schaubühne seit 1905
Die Weltbühne seit 1918
Ossietzky seit 1998

»Der Krieg ist ein besseres Geschäft als der Friede. Ich habe noch niemanden gekannt, der sich zur Stillung seiner Geldgier auf Erhaltung und Förderung des Friedens geworfen hätte. Die beutegierige Canaille hat von eh und je auf Krieg spekuliert.«
Carl von Ossietzky in der Weltbühne vom 8. Dezember 1931

Ossietzky erscheint alle zwei Wochen – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende Propaganda, gegen Sprachregelung, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

Ossietzky herausgegeben von Matthias Biskupek, Rainer Butenschön, Daniela Dahn, Rolf Gössner, Ulla Jelpke und Otto Köhler, begründet 1997 von Eckart Spoo.

Ossietzky – die Zeitschrift, die mit Ernst und Witz das Konsensgeschwafel der Berliner Republik stört.

Ossietzky Verlag GmbH • ossietzky@interdruck.net
Siedendolsleben 3 • 29413 Dähre • **www.ossietzky.net**